

# INHALTSVERZEICHNIS

Abbildungsverzeichnis	ii
Tabellenverzeichnis	iii
1. Einleitung	1
2. Hintergrund	3
2.1 Theorien der Regierungsbildung	3
2.2 Das Gamson-Gesetz als Verteilungsmechanismus von Regierungsposten	5
2.3 Forschungsstand	6
3. Methode	9
4. Ergebnisse	13
5. Diskussion	22
6. Fazit	26
Literatur	28
Anhang	34

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1. Internationale Gültigkeit des Gamson-Gesetzes	13
2. Parteifamilien und ihre Ministerienzuteilung	14
2.1 Parteipositionen der Familien	14
2.2 Ministerienzuteilung der Familien	14
3. Vorhergesagte Abweichungen von einer proportionalen Ministerienzuteilung	18
3.1 Modell 1b	18
3.2.1 Parteiposition	18
3.2.1 Verhandlungserfahrung	18
3.2 Modell 2b	18
3.2.1 Status Quo-Distanz	18
3.2.1 Verhandlungserfahrung	18
4. Internationale Betrachtung des Effekts der Parteiposition	20
A1 Verteilungsdichte der Parteipositionen gefiltert nach Regierungsstatus	34
A1.1 Parteiposition	34
A1.2 Status Quo-Distanz	34
A2 Regierungshisorien und Status Quo-Verlauf (AUS bis HRV)	38
A3 Regierungshistorien und Status Quo-Verlauf (HUN bis SWE)	39

## TABELLENVERZEICHNIS

1. Grundlegende OLS-Modelle	15
2. Heckman-Modelle zum Einfluss der Parteiposition	16
3. Heckman Modelle zum Einfluss der Status Quo-Distanz	17
A1 Heckman-Modelle mit dynamischer Parteiposition (CHES)	35
A2 Heckman-Modelle mit dynamischer Parteiposition (Manifesto)	35
A3 Heckman-Modelle mit mehrdimensionaler Parteiposition (CHES)	36
A4 Heckman-Modelle mit ungewichteter Status Quo-Distanz	37

# 1

## EINLEITUNG

**P**olicies und Posten – die typischen Gründe für das parteiliche Streben nach Regierungsbeteiligungen. Betrachtet werden sie in unterschiedlicher Reihenfolge (Browne/Franklin 1973: 454; Helboe Pedersen 2012: 906), stetigem Equilibrium (Crombez 1996; Sened 1996) oder einander ausschließender Einseitigkeit (Posten als Motiv: Downs 1957; Riker 1962: 33; Policies als Motiv: Baron 1993: 36). Die Gründe, *warum* politische Akteure<sup>1</sup> am Regieren interessiert sind, entfachen zu gewissem Grad eine wissenschaftliche Debatte – jedenfalls aber weit mehr als die Frage, *ob* politische Akteure am Regieren interessiert sind. Auch das titelgebende Zitat des früheren Vorsitzenden der SPD, Franz Müntefering, der die Übernahme einer Oppositionsrolle seiner Partei kurzerhand zu „Mist“ (Welt.de 2004; wenn nicht gar zu Schlimmerem: Der Spiegel 2004) erklärte, spricht für das grundsätzliche Streben nach Regierungsverantwortung durch politische Akteure. So bietet das Regieren immerhin, gleich welche Perspektive man nun einnimmt, klaren Nutzen, dessen Ausschöpfen schlicht *rational* (Downs 1957) ist.

Grundlegend für das Regieren in modernen repräsentativen Demokratien ist die Anwendung eines Mehrheitsprinzips (Strøm/Nyblade 2009: 783), welches das Bilden einer Regierung i.d.R. an das Erreichen einer Mehrheit des vertrauenserteilenden Korpus bindet.<sup>2</sup> Da es speziell in parlamentarischen Demokratien mit Verhältniswahlrecht rar ist, dass einzelne politische Akteure eine derartige Mehrheit alleine erreichen, stellen in vielen dieser Demokratien Koalitionsregierungen den Standard dar (Cheibub et al. 2004: 574). In Konsequenz müssen die Nutzen üblicherweise unter einer Pluralität von Akteuren aufgeteilt werden.

Münteferings Zitat impliziert überdies, dass der unattraktive Zustand der Opposition Kosten verursachen könnte. Es schließt sich die Frage an, ob Parteien in der Aufteilung der Regierungsnutzen zu weniger vorteilhaften Ergebnissen bereit sein könnten, wenn sie höhere Opportunitätskosten durch den Oppositionsstatus erwarten. Möglich und gängig (siehe insb. Baron/Diermeier 2001) ist hierbei die Annahme, dass insbesondere Parteien, die weit vom *Policy-Status Quo* entfernt sind, die Kosten durch den Verzicht auf die Policy-Gestaltungskapazitäten einer Regierungsbeteiligung wahrnehmen. Sie könnten diesbezüglich erhöhte Bereit-

<sup>1</sup> Im Sinne einer erhöhten Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum verwendet. Soweit nicht explizit anders dargestellt, sind mit dieser Form stets alle Geschlechter gemeint.

<sup>2</sup> Oder aber an das Fehlen einer blockierenden Mehrheit im Sinne der negativen Regierungsbildungsform (Bergman 1993).

schaft zeigen, auf Posten zu verzichten, um dennoch Einfluss auf den politischen Status Quo nehmen zu können. Parteien, die auf Basis ihrer ideologischen Position daher eine ungünstige Verhandlungsposition einnehmen, sollten ergo eher dazu neigen, sich derartig zu verhalten, ahnen Linhart et al. (2008: 60–63) und deuten dies entsprechend in ihren Ergebnissen an. Die an zukünftige Forschung weitergegebene Frage der Generalisierbarkeit soll daher hier aufgegriffen werden, und die gewählte Forschungsfrage empiriegeleitet begründen. Untersucht werden soll dementsprechend die Frage, ob Parteien der ideologischen Ränder beim Eintritt in Regierungen eher eine unterproportionale Ausstattung mit Regierungsposten aufweisen. Im Zusammenspiel mit dem erheblichen Einfluss von Regierungen auf die Policy-Ergebnisse (Olson 1994: 84), wobei explizit auch die Kabinettszusammensetzung relevant sein sollte (Martin/Vanberg 2020a: 331), soll diese Arbeit nicht nur einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Zusammensetzungsmechanismen von Kabinetten leisten, sondern auch zur Auseinandersetzung mit Implikationen für die Policy-Kompromisse anregen.

Zur Beantwortung der Fragestellung sollen zunächst im nachfolgenden theoretischen Teil der Arbeit Ansätze zum Kalkül hinter der Regierungsbeteiligung erörtert sowie Erwartungen zur Verteilung der Regierungsposten erklärt werden. Unter Betrachtung des Forschungsstandes zu beiden Aspekten soll anschließend die forschungsleitende Annahme begründet und eine grundlegende Einordnung der Relevanz der Fragestellung vorgenommen werden. Im Weiteren soll das methodische Vorgehen zur Untersuchung dieser Annahme vorgestellt und die hieraus ermittelten Ergebnisse dargestellt werden. Diese werden in der Folge diskutiert und eingeordnet bevor die Arbeit im letzten Kapitel resümiert und eine zusammenfassende Beantwortung der Forschungsfrage gegeben wird.

# 2

## HINTERGRUND

### 2.1 Theorien der Regierungsbildung

Das parteiliche Streben nach Regierungsbeteiligung ist unter Berücksichtigung etablierter Forschung zu den Zielen politischer Parteien problemlos zu plausibilisieren. Als etabliert sollte eine zweigliedrige Zielstruktur gelten. Einerseits sollten Parteien nach der rechtlichen Verwirklichung ihrer politisch-ideologischen Ansichten streben, was einer Policy-Orientierung entspräche. Andererseits sollten sie um den Erhalt öffentlicher Ämter konkurrieren, um sich damit verbundene Vorteile anzueignen, womit eine Office-Orientierung gemeint ist (Alesina/Cukierman 1990; Strøm 1990; siehe zur Bedeutung bspw. Hillen 2017).<sup>3</sup> Regierungen ermöglichen einerseits die Vergabe von Kabinettsposten und andererseits die Umsetzung von Gesetzesvorhaben. Es liegt daher nahe, die Regierungsbeteiligung als rationale Verwirklichung der parteilichen Zielyade zu betrachten. Aus der Perspektive nutzenmaximierender Parteien ergeben sich Konsequenzen für die Regierungsbildung. Wie erörtert, ist die Bildung einer Regierung in Demokratien an das Vertrauen bzw. das fehlende Misstrauen (Bergman 1993: 55) eines entsprechenden Körpers gebunden. Die gängige Unterscheidung von (semi-)präsidentiellen und parlamentarischen Systemen (Ganghof 2021; Lijphart 2012: 13; Shugart/Carey 1992) definiert den zugehörigen Körper. Da das Regierungsoberhaupt in präsidentiellen Systemen direkt vom Elektorat bestimmt wird, ist dessen Amtszeit an keine legislative Mehrheit gebunden. Das Bilden von Koalitionen ist dadurch zwar nicht ausgeschlossen, und auf legislativer Ebene längst keine Seltenheit (Cheibub et al. 2004: 576; siehe jedoch auch zu Kabinettskoalitionen: Amorim Neto 2006: 427), anders als im Parlamentarismus jedoch kein Regierungsstabilitätskriterium. Da es in diesem zu keiner Direktwahl des Regierungsoberhauptes kommt, sondern dieses vermittelt aus der Legislative bestimmt wird, sind entsprechend auch die Machtverhältnisse in der Legislative entscheidend. Nur wenn es einer Partei hier gelingt, die jeweils notwendige Mehrheit der Mandate zu erringen, kann sie die entsprechenden Nutzen ohne externe Verhandlungen allein beanspruchen. Da es jedoch speziell in Systemen mit Verhältniswahlssystemen selten zu derartigen Situationen kommt (Strøm/Nyblade 2009: 786), sind Parteien regelmäßig entweder auf die Duldung anderer Parteien angewiesen oder bilden

---

<sup>3</sup> Ein dritter Zielaspekt, die Maximierung der eigenen Stimmanteile bei Wahlen (siehe dbzgl. Downs 1957), also das Vote-Seeking, konvergiert bei kurzfristiger Betrachtung stark mit den beiden anderen Zielen. Erst bei dynamischer Betrachtung sollten Konflikte zu den anderen Zielen entstehen (Strøm 1990: 572f.).

Koalitionen, welche eine stabilisierende Mehrheit erlangen,<sup>4</sup> gleichzeitig allerdings eine Aufteilung der Nutzen notwendig machen.<sup>5</sup> Entsprechend der Fragestellung soll es daher fokussiert um Regierungen gehen, die eine Aufteilungen der Nutzen forcieren – Koalitionsregierungen.

Rikers (1962: 32) berühmte diesbezügliche Standardannahme zur rationalen Koalitionsbildung liegt darin, dass die nutzenmaximierenden Parteien versuchen sollten, die Zahl koalierender Parteien möglichst gering zu halten und daher *Minimum Winning Coalitions* bilden sollten. Ist seine Interpretation noch weitgehend ideologieblind, postuliert Axelrod (1970), dass Parteien versuchen sollten, derartige Koalitionen zu bilden, die ideologisch verbunden sind – auch wenn dazu der Einbezug von zusätzlichen Parteien notwendig ist. So streben bei ihm Parteien Ämter an, um ihre eigenen Policy-Orientierungen umzusetzen. Eine erhöhte Einigkeit unter den Koalitionspartnern dient demnach dem Ziel, die eigenen Policy-Pläne umzusetzen.

Verwandt hierzu sind die Überlegungen Christophe Crombez' (1996). Der Eintritt in eine Regierung erfolgt bei ihm auf Basis eines klaren Kosten-Nutzen-Kalküls: Parteien nehmen Ministerien als Nutzen der Regierungsbeteiligung wahr. Dieser muss die Kosten aufwiegen, die durch die quadrierte ideologische Distanz zu den jeweiligen Koalitionspartnern entstehen.

Wie viele Posten eine Partei aus den Verhandlungen erhält, und auf welche Policy-Linie sich geeinigt wird, ist dabei wenigstens in übergroßen Koalitionen zentral abhängig von der Größe und Zentralität der größten Partei. Eine sehr große und sehr zentrale Partei ist demnach glaubwürdig in der Lage, die Verhandlungen mit verschiedenen Akteuren erfolgreich zu gestalten, die durch ihre Zentralität vergleichsweise radikaler werden. Sie kann diesen daher unter Androhung eines Nullnutzens vergleichsweise unattraktive Angebote machen.

Ähnlich sind auch die Überlegungen von Baron und Diermeier (2001). Während Crombez die vorhergehende Regierungshistorie ausblendet, ist diese hier jedoch zentral (siehe auch Volden/Carrubba 2004: 524f.). Ihre Erwartung ist, dass Parteien eine erhöhte Motivation sich an Regierungen zu beteiligen aufweisen, wenn durch eine ideologisch distanzierte Regierungshistorie ein aufgrund seiner Distanz zur jeweils eigenen Linie als extrem wahrgenommener rechtlicher Status Quo erzeugt wird. Unter dieser Bedingung sind sie unter vergleichsweise geringen erbrachten Zugeständnissen bereit, an einer Regierung teilzuhaben, die diesen Status Quo überwindet. Überdies sollten andere regierungsbeteiligte Parteien einen erhöhten Anreiz haben, diese Parteien einzubeziehen, da sie aus Ihnen einen Nutzen, wie die überschüssigen Posten, extrahieren können, ohne allzu große Zugeständnisse leisten zu müssen. Während dies bei Baron und Diermeier zentral für die Erklärung übergroßer Koalitionen ist, liegt es nahe, hieraus Implikationen für die ideologieabhängige Verteilung von Regierungsposten zu ziehen. Damit jedoch erkannt werden kann, wann ein Angebot *attraktiv* ist, und wann demzufolge eine Partei erhöhte Zugeständnisse macht, erscheint es sinnvoll, sich mit der gängigen Erwartung an die Verteilung von Posten auseinanderzusetzen.

---

<sup>4</sup> Auch tolerierte Minderheiten können dabei Koalitionen sein.

<sup>5</sup> Je nach Ausgestaltung des Verhältnisses von Ministerpräsident und Präsident fallen semipräsidentielle Systeme zwischen diese Darstellung.

## 2.2 Das Gamson-Gesetz als Verteilungsmechanismus von Regierungsposten

Wann erachtet eine Partei in Crombez' Modell die Kosten durch die Policy-Distanz zu den Koalitionspartnern als durch die angebotenen Posten aufgewogen? Wann macht eine Partei unverhältnismäßig große Zugeständnisse, um einen extremen Status Quo nach Baron und Diermeier zu überwinden? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt ab, wie das übergeordnete Forschungsinteresse untersucht werden kann. Man stelle sich beispielhaft vor, die Parteien würden in Crombez' Modell keine Erwartungen an die ihnen zustehenden Posten in einer hypothetischen Regierung hegen. Eine Partei *A* mit 26 Prozent der Mandate und einer Policy-Positionierung  $x$  würde einer Partei *B* mit 25 Prozent der Mandate und der gleichen Policy-Position  $x$  den Vorschlag zur Bildung einer gemeinsamen Minimum Winning Coalition unterbreiten. Durch die fehlende Policy-Distanz ist für Partei *B* ein derartiger Vorschlag schon dann gewinnbringend, wenn sie nur ein einzelnes Ministerium erhalten würde – auch wenn Partei *A* gleichzeitig neun Ministerien erhalten würde (siehe auch Warwick/Druckman 2001: 628). Im Rahmen der Untersuchung wäre dann schon der Erhalt eines zweiten Ministeriums ein klarer Erfolg für Partei *B*. Diese rein von der durch die Parteigröße erzeugte verhandlungsmachtorientierte Verteilung ist reichlich kontraintuitiv und widerspricht der Standardbeobachtung zur Verteilung von Regierungsämtern.

Diese liegt viel mehr im *Gamson-Gesetz*. William Gamson (1961: 376) erwartet demnach, dass in Koalitionen die Verteilung der Nutzen proportional zum Ressourcenanteil eines Akteurs an den summierten Ressourcen aller Koalitionäre erfolgt. Zurück zum vorher formulierten Beispiel lässt sich der Sitzanteil der Parteien als ihre Ressourcenausstattung begreifen (Browne/Franklin 1973: 457). In den Koalitionsverhandlungen verfügen Partei *A* und *B* daher über annähernd die gleichen Anteile an den Gesamtressourcen. Zu erwarten steht folglich eine proportionale Ausschüttung der Ministerien. Bei Festlegung auf zehn Ministerien entspräche dies also fünf Ministerien pro Partei.

Welche Bedeutung lässt sich hieraus für die Theorien der Regierungsbildung ableiten? Sowohl Crombez (1996) als auch Baron und Diermeier (2001) formulieren Bedingungen, unter denen Parteien eine erhöhte Bereitschaft zeigen sollten, Zugeständnisse einzugehen. Gamsons Gesetz verlangt zunächst, dass alle Parteien mit der Erwartung in die Koalitionsverhandlungen eintreten, einen Anteil an Posten zu erhalten, der proportional zu ihrem Anteil an Mandaten unter den Koalitionären ist. Innerhalb des Kosten-Nutzen-Kalküls<sup>6</sup> sollte der Nutzen, der aus dem Erhalt von Regierungsämtern entsteht, daher also die Erwartung einer proportionalen Ämterverteilung berücksichtigen.

Zwar sind sowohl Crombez als auch Baron und Diermeier größtenteils an der Art der entstehenden Koalition und der Motivation verschiedener Parteien sich an diesen zu beteiligen interessiert, dennoch lassen sich hieraus Implikationen für die Postenverteilung ableiten.

---

<sup>6</sup> Ob hierbei nun Status Quo-Opportunitätskosten eingebunden werden oder nicht spielt keine Rolle.

Aus theoretischer Perspektive wäre zunächst abzuleiten, dass gemäß Crombez (1996: 10) radikalere Parteien vor allem in übergroßen Koalitionen bereit sein sollten, eine unterproportionale Zuteilung zu akzeptieren, wenn eine besonders zentrale und große Partei die Verhandlungen leitet, die damit plausibel auch eine Minimum Winning Coalition weiterführen könnte. Die Partei befände sich dann in einem Gefangenendilemma mit den weiteren Parteien. Sie will einerseits nicht aus der Regierung ausgeschlossen bleiben und nur die Kosten der Distanz zur Regierung tragen, andererseits aber auch nicht weniger als den erwarteten Nutzen akzeptieren. Zu einer größeren Unterrepräsentation sollten daher die Parteien bereit sein, die radikaler sind und die Bildung einer diametral entgegengesetzten Regierung fürchten.

Baron und Diermeiers (2001: 938–944) Überlegungen zum Status Quo-Extremismus stellen hier eine klare Forderung an rationale Akteure. Ein extremer Status Quo lässt sich durch Policies im Sinne der jeweiligen Partei überwinden. Der Verzicht auf Policy-Zugeständnisse ist daher schlicht unlogisch, da er dem Tragen der Opportunitätskosten durch die Partei gleichkäme. Im Gegenzug sollte der Verzicht auf Ämter für diese Parteien daher präferabel sein. Folglich sollten insbesondere Parteien, die eine große Distanz zum geltenden Policy-Status Quo aufweisen, bereit sein im Kabinett unterrepräsentiert zu sein. Überträgt man nämlich Crombez' Formel zum Nutzen-Kalkül der Regierungsbeteiligung<sup>7</sup> und geht man davon aus, dass eine Partei die Policy-Distanz zu den Koalitionären durch eine proportionale Amtszuteilung aufgewogen sähe, könnten die Opportunitätskosten hier analog zu Crombez' (1996: 5) Formel des Regierungsnutzens als Minuend vom Subtrahenden der Policy-Distanz auftreten und dadurch mit steigender Status Quo-Distanz eine unterproportionale Postenzuteilung ermöglichen.

## 2.3 Forschungsstand

Aus den genannten Theorien lässt sich zusammengefasst die Erwartung ableiten, dass radikalere Parteien und solche mit einer größeren Distanz zum politischen Status Quo<sup>8</sup> eher unterproportionale Ämterausstattungen aufweisen sollten. Diese Annahmen sollen an dieser Stelle über ihre theoretische Konsistenz hinaus in ihrer empirischen Bilanz eingeordnet werden, um abschließend die forschungsleitende Hypothese zu generieren.

Zur Beurteilung der Sinnhaftigkeit des Untersuchungsunterfangens ist es notwendig zu überprüfen, ob die Kategorisierung von proportionalen und nicht-proportionalen Postenzuteilungen überhaupt praktikabel ist. Das bedeutet, es ist notwendig zu überprüfen, ob die Verteilung von Regierungsämtern in Koalitionen überhaupt einem grundsätzlichen Muster folgt,

---

<sup>7</sup> Es erscheint an dieser Stelle unerlässlich darauf hinzuweisen, dass Baron und Diermeier im Gegensatz zu Crombez die Möglichkeit einräumen, dass es trotz negativer Kalküle zur Regierungsbeteiligung kommt, wenn der Status Quo für die jeweilige Partei andernfalls noch höhere Opportunitätskosten erzeugen würde (siehe auch Volden/Carrubba 2004: 524f.). Crombez' Formel bietet sich wegen der gegebenen Flexibilität dennoch an, um das Konzept des Status Quo-Extremismus zu inkorporieren und damit Erklärungen zur entstehenden Postenverteilung vorzunehmen.

<sup>8</sup> Der selbst radikal sein kann und deswegen nicht notwendigerweise zur Konvergenz der beiden Varianten führt.

an dessen Umsetzung die Beurteilung der Zuteilung ausgerichtet werden könnte. Wie dargelegt, besteht die Erwartung darin, dass die Posten in einer Regierung proportional zu den Sitzanteilen unter den Koalitionären vergeben werden. Empirische Untersuchungen zeigen große Unterstützung für die reale Gültigkeit von Gamsons Gesetz. Browne und Franklin (1973: 459) liefern eine frühe stichhaltige Evidenz für die Gültigkeit des Gamson-Gesetzes. Die starke Gültigkeit kann auch heute weiter repliziert werden (Bäck et al. 2009: 17f.; Bäck et al. 2011: 457f.; Cox 2021: 921; Linhart et al. 2008: 55). Bereits Brown und Franklin (1973: 460) konnten jedoch eine systematische Verzerrung von der Umsetzung dieser Regel erkennen: Kleinere Parteien tendieren zur Überrepräsentation. In ihren Untersuchungen, ob die Überrepräsentation kleiner Parteien nur dadurch entsteht, dass bestimmte Posten als wertvoller erachtet werden als andere, und die großen Parteien die wertvolleren Posten übernehmen, ermitteln Warwick und Druckman (2001: 642, 2006: 648) die noch klarere Gültigkeit des Gamson-Gesetzes (siehe jedoch auch Raabe/Linhart 2015: 487). Gesetzt sein sollte (insbesondere bei nicht-gewichteter Betrachtung der Ministerien) also der Sitzanteil der Kabinettsparteien.

Da sich in dieser Arbeit auch auf die Status Quo-Distanz bezogen wird, empfiehlt sich eine Betrachtung empirischer Untersuchungen zu seiner Entwicklung. Dieser sollte dem Regierungseinfluss unterliegen und sich daher stetig an deren ideologische Ausrichtung anpassen (Baron/Diermeier 2001: 938). Da die Regierungsbildung in Demokratien an die Mehrheitsfindung gebunden ist, die ihrerseits von den elektoralen Ergebnissen abhängig sein sollten, sollte der Status Quo in einem stetigen Anpassungsverhältnis zu den Ansichten des Elektorats stehen (Katz 1987: 4). Tatsächlich ermittelt eine zunehmende Zahl an Studien (siehe etwa Elsässer et al. 2021; Gilens 2005; Lupu/Tirado Castro 2022; Schakel 2021) eine niedrig ausgeprägte Responsivität der Policy-Ergebnisse bezogen auf die Ansichten der Bevölkerung. Ferner legen diese Studien nahe, dass Responsivität nicht nur in geringfügigem Umfang gegeben ist, sondern auch verzerrt sein dürfte. Neben einer Tendenz zum Status Quo-Fortbestand dürften Veränderungen demnach übermäßig stark an den Interessen Bessersituierter ausgerichtet sein. Parteien, die an den Interessen ressourcenschwacher Personen ausgerichtet sind, sollten den realen politischen Status Quo daher als besonders unvorteilhaft wahrnehmen.

Es erscheint folglich denkbar, dass insbesondere linke Parteien, welche *per definitionem* eine Affinität zum Ausgleich bestehender sozialer Ungleichheiten aufweisen (Bobbio 1994: 74f.), den Status Quo als nicht-hinnehmbar wahrnehmen sollten. Doch obschon linke Regierungen in den westlichen Staaten eher seltener vorkommen (bspw. bei Betrachtung des Schmidt-Index aus Armingeon et al. 2022), stellen sie keineswegs eine Außergewöhnlichkeit dar. Gleichzeitig lassen sich die identifizierten Responsivitätsmuster in ihrer Richtung selbst in Schweden, einem Staat mit jahrzehntelanger sozialdemokratischer Regierung, replizieren (Persson 2021: 5). Die ungleiche Responsivität erscheint folglich nicht allein anhand unterschiedlicher Regierungen erklärbar. Gleichzeitig ergibt sich dennoch auch aus dieser Responsivitätslücke die Relevanz der Arbeit. Soweit Minister den politischen Status Quo beeinflussen, was insbesondere in Demokratien mit schwachen legislativen Institutionen der Fall sein könnte (Martin/Vanberg 2020a: 336f.), die Kabinettsrepräsentation aber systematisch von der ideologischen Position

der Parteien abhängt, könnten Responsivitätsverzerrungen anteilig auf eine unproportionale Postenvergabe an status-quo-distanzierte Parteien rückführbar sein.<sup>9</sup>

Festzuhalten bleibt daher eine starke Tendenz zur Status Quo-Kontinuität, die in Richtung Bessersituierter verzerrt sein sollte. Es bleibt jedoch fraglich, ob eine stärkere Tendenz linker Parteien zur unterproportionalen Ämterzuteilung angenommen werden sollte, speziell da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese keinen Beitrag zur verzerrten Responsivität leisten. Plausibler erscheint, dass die *Wahrnehmung* des Status Quo durch die Parteien entscheidend ist, die auch von der angenommenen Linie der vorherigen Regierungen abhängig sein sollte.

Abschließend sollen auch noch Studien, die sich direkt auf die ideologiebasierte Amtsvergabe beziehen, betrachtet werden. Wie bereits skizziert, ermittelten Linhart et al. (2008: 60ff.) in ihrer Untersuchung zur Postenvergabe in Deutschland sitzanteilbereinigt ausschließlich für die linken Parteien und die DP negative Effekte auf die Zahl der erhaltenen Ämter. Das somit weiter gestärkte Argument linker Unterrepräsentation steht jedoch vor der Frage nach der kausalen Verursachung. Denkbar wäre zwar sicherlich, dass die (erneut) zunehmende Fragmentierung des linken politischen Bereichs (siehe etwa Kitschelt 1994; March 2012; March/Mudde 2005; Rooduijn/Akkerman 2017; Rooduijn et al. 2017) linke Verhandlungspositionen verschlechtert. Doch gleichzeitig ist der Aufstieg radikaler rechtspopulistischer Parteien in den meisten westlichen Staaten unübersehbar (siehe etwa Art 2013; Arzheimer 2015; Mudde 2004), weswegen es fraglich erscheint, allein auf Basis dieser Untersuchung einen einseitig negativen Effekt auf die Proportionalität der Postenvergabe zu vermuten. In das Bild eines rein linken *Problems* passt auch die Untersuchung von Helboe Pedersen (2012: 907) nicht. In ihrer Untersuchung zur konkurrierenden Office- und Policy-Orientierung ermittelt sie einen kurvilinearen Effekt. Während zentristische Parteien am ehesten bereit sein dürften, ihre Policy-Ziele zugunsten einer Regierungsbeteiligung zu opfern, sollten Parteien der politischen Ränder eine Renitenz dagegen aufweisen.

Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass es theoretisch plausibel ist, dass radikalere und vom Status Quo distanziertere Parteien eine größere Bereitschaft zeigen sollten, auf Ämter zu verzichten und damit unterproportional repräsentiert zu sein. Empirisch sprechen eine hohe Status Quo-Kontinuität und Untersuchungen zum Abschneiden bei der Postenaufteilung und der konkurrierenden Bewertung von Policies und Posten für eine Tendenz zu unterproportionalem Abschneiden radikalerer Parteien. Einzelne Argumente für eine Linkslast dieses Effekts reichen nicht aus und sind zu uneindeutig, um dabei eine rein lineare Richtung anzunehmen. Es wird daher die folgende Hypothese aufgestellt:

Hypothese: Je radikaler oder distanzierter vom Status quo eine politische Partei, umso unterproportionaler wird der durch sie erhandelte Anteil an Ministerien bei einer Regierungsbeteiligung sein.

---

<sup>9</sup> Gemäß Martin und Vanberg (2020a) sollte dies jedoch in Staaten mit potenten legislativen Strukturen keine größere Erklärungskraft entfalten.

# 3

## METHODE

Ziel der vorliegenden Arbeit ist eine möglichst generalisierbare Beantwortung der Fragestellung, ob die quantitative Ministerienaufteilung von der ideologischen Position der Parteien abhängt. Im Sinne dessen soll auf eine breite Datenbasis zurückgegriffen werden, um auch einen aufbauenden Beitrag zur Einordnung der Befunde der zuvor geführten Untersuchungen zu leisten. Gleichzeitig soll durch die Analyse potenziell systematischer Verteilungseffekte durch die ideologische Position der Parteien ein eigenständiger Beitrag im Feld geleistet werden. Um beides zu gewährleisten, wird in dieser Arbeit zunächst auf die *ParlGov*-Datenbank (Döring et al. 2022) zurückgegriffen. Dabei wird die kabinettgetrennte Variante verwendet. Für jedes Kabinett in den einbezogenen westlichen Demokratien werden alle in der Legislative vertretenen Parteien als Fall geführt. Ein neues Kabinett wird immer dann codiert, wenn es zu einem Wechsel der beteiligten Parteien, des Ministerpräsidenten oder Wahlen kommt. Die Parteiposition wird im ParlGov-Datensatz als statischer Wert auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Achse angegeben, wobei 0 als linkster Wert und 10 als rechtester Wert verwendet werden. Die Werte werden als ungewichtetes Mittel aus mehrdimensionalen Indizes verschiedener Expertenumfragen berechnet (Bakker et al. 2015; Benoit/Laver 2009; Castles/Mair 1984; Huber/Inglehart 1995). Unter der Akzeptanz einer fehlenden Zeitdynamik ergeben sich aus diesem Indikator bedeutende Vorteile. Einerseits handelt es sich um ein breit gestreutes und dichtes Maß, welches als Überblicksmetrik zur generellen Parteiposition gut geeignet scheint. Andererseits lässt sich so eine besonders große Fallzahl erzeugen, bei der Ausfälle einzelner Indikatoren aufgefangen werden können. Gleichzeitig bleibt die Frage, ob nicht die dynamische Parteipositionierung zum Zeitpunkt von Koalitionsverhandlungen entscheidend ist. Entsprechend werden die Ergebnisse auch gegen die zeitvarianten Messungen<sup>10</sup> des *Chapel Hill Expert Surveys* (CHES) (Jolly et al. 2022) und des *Party Manifesto Projects* (Lehmann et al. 2022) geprüft.

Da sich aus der ParlGov-Datenbank keine Informationen zur parteilichen Postenverteilung der Kabinette ergeben, wurden diese reihenorientiert aus den Informationen des *Political Data Yearbooks* (Gomez et al. 2022) und der *Party Government in Europe Database* (PAGED) (Hellström et al. 2021) hinzugefügt.<sup>11</sup> Informationen zur Art des Kabinetts, also ob es sich um eine

<sup>10</sup> Alle Messungen wurden auf den gleichen Wertebereich wie die Links-Rechts-Einschätzung der ParlGov-Datenbank recodiert.

<sup>11</sup> Dabei wurde soweit verfügbar stets zunächst auf die Daten des Political Data Yearbooks zurückgegriffen.

Einparteien-, eine Koalitions- oder eine Übergangsregierung handelt, ergaben sich aus dem *Comparative Political Dataset* von Armingeon et al. (2022) und erneut aus PAGED. Für die Analysen in dieser Arbeit wurde der Datensatz allein auf Koalitionsregierungen gefiltert, sodass entsprechend übergroße Koalitionen, Minderheitskoalitionen und Minimum Winning Coalitions einbezogen werden. Es ergibt sich eine Fallzahl von 670 unterschiedlichen Parteien, die durch die Kabinetttrennung 4.884 Parteifälle mit 1.799 Beteiligungen in 863 Koalitionskabinetten aus 33 westlichen Staaten bilden.

Die zentrale abhängige Variable dieser Untersuchung stellt die Abweichung zwischen einer proportionalen Postenaufteilung und der tatsächlichen Postenaufteilung dar. Dazu wurde zunächst für jede Partei die proportionale Postenzuteilung berechnet, indem die als gesetzt betrachtete Kabinettsgröße mit dem Sitzanteil einer Partei unter allen Koalitionären multipliziert und auf die nächste natürliche Zahl gerundet wurde. Dieser Wert wurde von der Zahl der tatsächlich an die Partei vergebenen Ministerien abgezogen und die Abweichung als Anteil der Kabinettsgröße<sup>12</sup> einbezogen. In einem Zehnministerkabinetten erhält eine Partei, die ein Ministerium mehr erhielt als proportional zu erwarten wäre, daher bspw. den Wert +10, da ihr *überschüssiges* Kabinetten zehn Prozent aller Kabinettsposten entspricht.

Neben der bereits erörterten grundsätzlichen Parteiposition werden auch dynamischere Effekte in Abhängigkeit der Status Quo-Distanz vermutet. Wie bereits erörtert, erscheint es fraglich,<sup>13</sup> davon auszugehen, dass Parteien sich nach dem *tatsächlichen* Status Quo richten. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass die Parteien diesen in Abhängigkeit der Regierungshistorie eines Staates betrachten. In dieser Arbeit wird der Status Quo daher als das Ergebnis der verrechneten Regierungslinien betrachtet. Die Positionierung  $GOV$  eines Kabinetts  $k$ , das aus  $p$  Parteien besteht, wird daher wie folgt berechnet:<sup>14</sup>

$$GOV_k = \sum_{i=1}^p \text{Parteiposition}_i \times \text{Kabinettspostenanteil}_i$$

Da davon auszugehen ist, dass der Einfluss eines Kabinetts einerseits von seiner Amtszeit abhängig ist und andererseits die Parteien in ihrer Wahrnehmung des Status Quo die Linie von aktuelleren Kabinetten stärker berücksichtigen, wird bei der Berechnung des Status Quo  $sq$  zum Zeitpunkt  $t$  des Amtsantritts eines Kabinetts eine doppelte Gewichtung eingeführt. Zunächst wird die Linie einer einzelnen Regierung mit ihrer Amtszeit  $d$  gewichtet. Im Weiteren unterliegt der Einfluss eines einzelnen Kabinetts einer Abschreibungsrate von 40% je weiterer

---

<sup>12</sup> Also die Zahl der insgesamt errichteten Ministerien.

<sup>13</sup> Und im Kontext dieser Arbeit auch schlicht nicht realisierbar.

<sup>14</sup> Soweit keine Informationen zur Postenverteilung vorliegen, wurde auf die Sitzanteile unter den Koalitionären zurückgegriffen (siehe hierzu bspw. Martin/Vanberg 2020a: 331).

Regierung, die dafür sorgt, dass der Einfluss von neueren Regierungen stärker ist.<sup>15</sup> Die Formel<sup>16</sup> zur Berechnung des Status Quos lautet daher:<sup>17</sup>

$$sq_t | sq_1 = 5 = \frac{\sum_{k=1}^{t-1} \delta^{t-1-k} \times GOV_k \times d_k}{\sum_{k=1}^{t-1} \delta^{t-1-k} \times d_k}$$

Auch hier wird im Sinne der Robustheit eine Alternativspezifikation erzeugt. Dabei wird auf eine stärkere Gewichtung neuerer Regierungen verzichtet und die Berechnung ohne die Abschreibung durchgeführt. In beiden Fällen wird der Wert von der Position der Parteien abgezogen, um die Status Quo-Distanz zu erhalten.

Schließlich bleibt noch die Frage nach etwaigen Drittvariablen zu beantworten, die als Kontrolle miteinbezogen werden sollten. Gesetzt ist hier, wie bereits dargestellt, der Sitzanteil der jeweiligen Partei, wodurch die Tendenz zur Überrepräsentation kleiner Parteien aufgefangen werden soll. Weiter stellt sich die Frage, ob nicht Parteien, die regelmäßig Bestandteil von Koalitionen sind, Verhandlungserfahrung aufbauen und durch eine erlernte Chuzpe bessere Verhandlungsergebnisse erzielen können. Um dies zu modellieren, wäre es einerseits möglich, allein die Zahl vorangegangener Regierungsbeteiligungen zu errechnen und als Kontrollvariable einzubeziehen. Gleichzeitig erscheint realistisch, dass die Verhandlungserfahrung wenigstens zu einem gewissen Grad an Personen gekoppelt ist und sich nicht unbegrenzt weitergibt. Schließlich ist personeller Wandel politischer Standard (Ennsner-Jedenastik/Schumacher 2021: 118; Strøm 1985: 740). Die Verhandlungserfahrung wird daher als die Summe der Regierungsbeteiligungen modelliert, wobei der Wert einer Regierungsbeteiligung von Kabinett zu Kabinett um jeweils 20% abgeschrieben wird.<sup>18</sup> Die Formel zur Berechnung der Verhandlungserfahrung<sup>19</sup>  $BRG$  zu einem Zeitpunkt  $t$  entspricht daher:<sup>20</sup>

$$BRG_t | BRG_1 = 0 = (1 - \delta) \times \sum_s^{t-1} \delta^{t-1-s} \times \text{Regierungsstatus}_s$$

Schließlich stellt sich die Frage nach der adäquaten Modellierung, deren Antwort komplexer ausfällt als die Durchführung von OLS-Regressionen. Untersucht werden soll der Einfluss der Parteiposition auf die erhaltenen Ministerien. Ministerien erhalten gemäß Codierung allein Parteien, die Teil des Kabinetts sind und somit ein selektives Subsample aller betrachteten Par-

<sup>15</sup> Die Wahl einer solchen Rate wird notwendigerweise zu einem gewissen Grad arbiträr sein (siehe auch Edgell et al. 2020: 6), und erfolgt hier mit dem Ziel eine hohe Dynamik zu erzeugen, ohne allein die Vorgängerregierung zu berücksichtigen. Dadurch soll widerspiegelt werden, dass Wahlkämpfe insbesondere auch in Bezug auf die jeweilige Regierung zum Zeitpunkt des Wahlkampfes bezogen sind (siehe bspw. die überragende Zielrolle von Amtsträgern beim Negative Campaigning: Nai 2020: 445), und die Parteien somit eine ähnliche Gewichtung vorzunehmen scheinen. Allgemein unterliegt die menschliche Wahrnehmung einem Recency Bias (siehe etwa Phillips-Wren et al. 2019: 63), die für eine derartige Abschreibung spricht.

<sup>16</sup> Zur Vereinfachung wird darauf verzichtet, die internationale Struktur innerhalb der Formel zu modellieren. Logischerweise ergibt sich der nationale Status Quo allerdings nur aus den nationalen Kabinetten, weswegen die Formel staatsweise anzuwenden ist. Die Einbindung in internationale Organisationen und externe Schockereignisse (siehe analog Baron/Diermeier 2001: 956) bleiben zur Vereinfachung unberücksichtigt.

<sup>17</sup> Reine Übergangsregierungen wurden jeweils ausgeschlossen.

<sup>18</sup> Auch hier muss auf den arbiträren Charakter der Rate hingewiesen werden. Sie soll hier den typischen personellen Wandel zwischen Kabinetten symbolisieren.

<sup>19</sup> Auch hier wird zur Vereinfachung in der Formel auf die Angabe der Partei verzichtet. Logischerweise bauen Parteien nur durch die eigene Beteiligung an Regierungen Erfahrung auf, weswegen die Formel parteiweise anzuwenden ist. Personelle Übertritte und Parteiabsplaltungen bleiben zur Vereinfachung unberücksichtigt.

<sup>20</sup> Die Verhandlungserfahrung wird hier durch die Multiplikation mit dem Term  $(1 - \delta)$  auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert und folgt damit dem Vorgehen von Edgell et al. (2020: 6f.).

teien bilden. Konsistent mit den diskutierten Theorien der Regierungsbildung stellt sich die Frage nach einem möglichen Selektionsbias. Die Annahme, dass radikalere Parteien eher auf Posten verzichten, steht speziell in Crombez' (1996) Modell unter dem Vorbehalt etwaiger Policy-Zugeständnisse. D.h., dass etwaige Koalitionäre beim Einbezug radikalerer Parteien womöglich mehr Posten erhalten, gleichzeitig aber höhere Kosten durch den Einbezug distanzierterer Parteien tragen. Denkbar ist, dass diese Rechnung nur selten aufgeht, und Parteien daher umso seltener an Regierungen beteiligt sind, je radikaler sie sind. Soweit dies zutrifft, könnte es zu verzerrten Parameterschätzungen für die Parteiposition führen, wenn nämlich die vermeintlich radikalen Parteien tatsächlich noch immer moderat sind. Überdies bleibt in den sparsamen rationalen Modellierungen von Crombez (1996) und Baron und Diermeier (2001) ein wichtiger, aber irrationaler<sup>21</sup> Faktor der Realität ausgeklammert. Regelmäßig bilden moderate Parteien zur Verhinderung der Regierungsbeteiligung radikaler bis extremistischer Parteien einen *Cordon Sanitaire* (Riera/Pastor 2022: 891). Anhand des deutschen Beispiels lässt sich das Problem exzellent verdeutlichen. Da alle im Bundestag vertretenen Parteien den Cordon Sanitaire gegen die rechtspopulistische AfD mittragen, treten modern als rechteste Parteien der Regierung die vergleichsweise moderate Union und die FDP auf, die wegen ihrer relativen Zentralität auch eine erhöhte Selektionswahrscheinlichkeit aufweisen dürften. Beide Parteien schneiden gemäß Linhart et al. (2008: 62) überproportional gut ab, was bei einfacher OLS-Modellierung einen linear positiven Effekt einer rechteren Positionierung nahelegen würde. Es bliebe außer Acht, dass es sich eigentlich um eher moderat rechte Positionen handelt. Der radikalen Rechten würde trotz fehlender Regierungsbeteiligung ein besonders gutes Abschneiden vorhergesagt werden. Dem somit verdeutlichten Problem lässt sich durch Anwendung einer Heckman-Korrektur (Heckman 1979) begegnen. Durch die Modellierung der Selektionswahrscheinlichkeit und die aufbauende Korrektur der Ergebnisgleichung um eben jene, kann auf Selektionsbias reagiert werden. Entsprechend wird in dieser Arbeit auf dieses Verfahren zurückgegriffen.

---

<sup>21</sup> Wenigstens soweit keine dynamische Zielstruktur betrachtet wird, worin dieses Verhalten etwa der künftigen Stimmmaximierung dienen könnte, indem moderate Elektorate durch derartige Bündnisse nicht verschreckt werden.

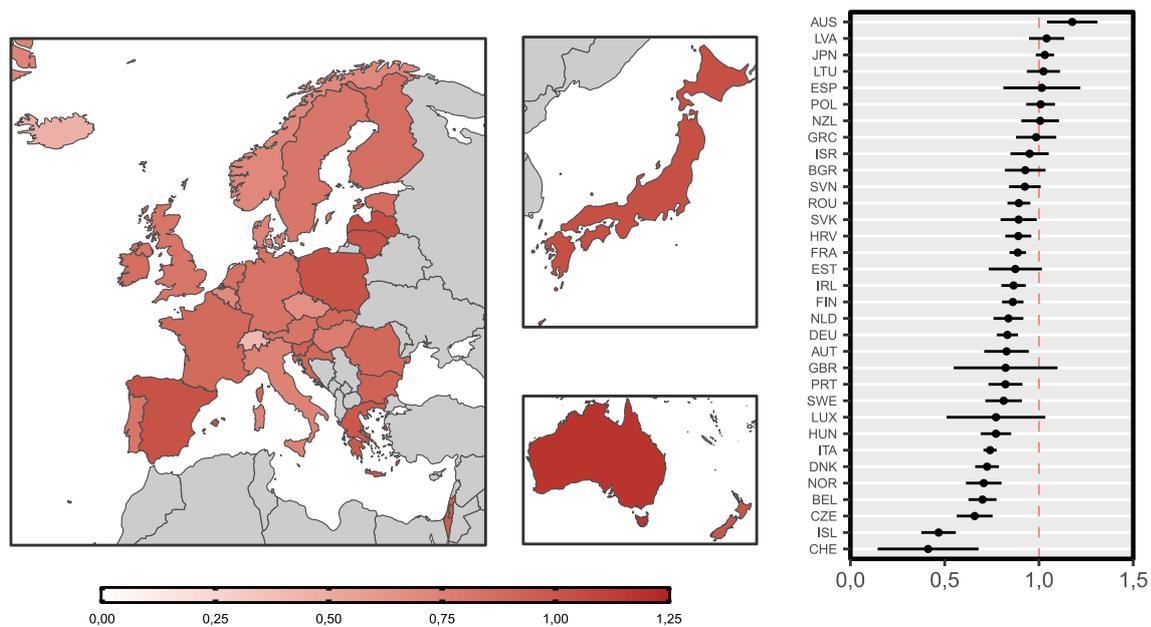
# 4

## ERGEBNISSE

Bevor eine Tendenz zu systematischen Abweichungen von der Gamson-Regel festgestellt werden kann, sollte zunächst überprüft werden, inwieweit überhaupt von ihrer Gültigkeit ausgegangen werden kann. Frühere Untersuchungen unterstützen dies zwar überwältigend, dennoch sollte dies unter Berücksichtigung der internationalen Anlage dieser Arbeit keineswegs als global gleichmäßig gültiges Faktum hingenommen werden (siehe bspw. zum Einfluss des Wahlsystems Cox 2021: 922).

Da das Interesse hier somit keinen systematischen Verzerrungen auf Parteebene gilt, sollten auch keine bedeutenden Selektionsverzerrungen auftreten. Die Gültigkeit wird daher unproblematisch in einem OLS-Modell geschätzt. Hierin wird versucht die abhängige Variable des Postenanteils einer Regierungspartei mittels der unabhängigen Variable ihres Sitzanteils unter den Koalitionären zu erklären.<sup>22</sup> Um mögliche Varianz in der Gültigkeit des Gesetzes

**Abbildung 1:** Internationale Gültigkeit des Gamson-Gesetzes



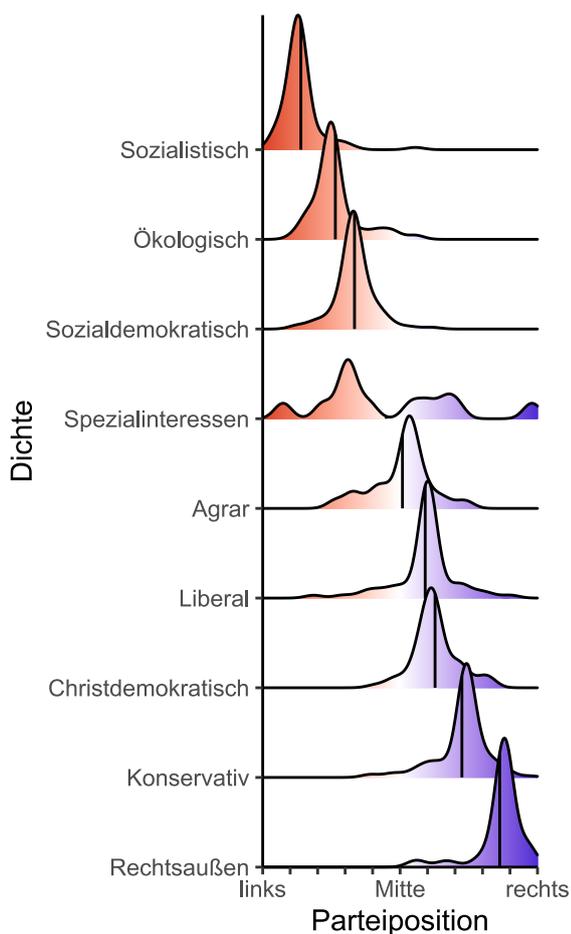
Eigene Darstellung. Berechnet wurde der Effekt des Kabinettsitzanteils einer Partei auf ihren Anteil an den Ministerien des Kabinetts. Der Effekt wurde mit den Ländern interagiert. Darstellung im Koeffizientenplot mit 95%-Konfidenzintervall. Länderkürzel entsprechen ISO 3166.

<sup>22</sup> Nachdem sich bei Linhart et al. (2008: 53) keine substantiellen Ergebnisveränderungen bei der Berücksichtigung der Abhängigkeit der Fälle untereinander und etwaigen rundungsbasierten Abweichungen zeigten, wird auch hier eine naive Schätzung vorgenommen.

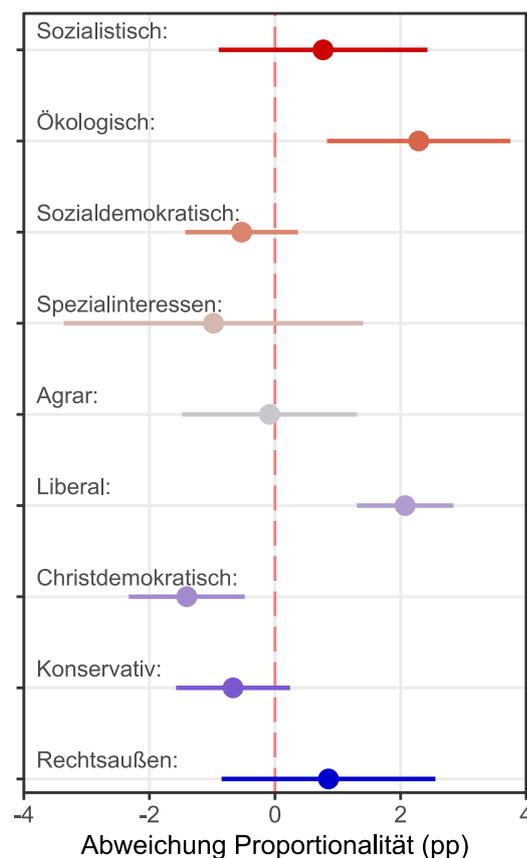
auf Länderebene zu prüfen, wurde der Sitzanteil mit dem Staat interagiert. Abbildung 1 stellt die Ergebnisse dar, wobei die Gültigkeit<sup>23</sup> des Gesetzes als Average Marginal Effect des Sitzanteils in den Staaten abzulesen ist. Sowohl aus der geographischen Verteilung als auch aus dem Koeffizienten-Plot lässt sich dabei eine überwältigende internationale Gültigkeit des Gamson-Gesetzes ablesen. Gleichzeitig besteht erkennbare Effektvarianz zwischen den Ländern. Diese liegt zwar nicht im Erkenntnisinteresse dieser Arbeit, spricht jedoch für die Notwendigkeit des Einsatzes von geclusterten Standardfehlern auf Länderebene, um etwaiger resultierender Heteroskedastizität adäquat zu begegnen. Gleichwohl darf davon ausgegangen werden, dass Koalitionsverhandlungen unter der Erwartung proportionaler Postenverteilung geführt werden und systematische Abweichungen davon daher bedeutsam sind.

**Abbildung 2:** Parteifamilien und ihre Ministerienzuteilung

**2.1: Parteipositionen der Familien**



**2.2: Ministerienzuteilung der Familien**



Eigene Darstellung. Links in Abbildung 2.1 die geglättete Verteilungsdichte der Parteipositionen nach Parteifamilien. Die vertikale schwarze Linie stellt das arithmetische Mittel der Parteipositionen dar. Rechts in Abbildung 2.2 die durchschnittliche Abweichung von einer proportionalen Ministerienzuteilung nach Parteifamilien in Prozentpunkten. Mittelwert dargestellt mit 95%-Konfidenzintervall.

<sup>23</sup> Diese ist umso stärker gegeben, je näher der Koeffizient an 1 liegt. Liegt der Wert darunter, spricht dies für eine Tendenz zur Überrepräsentation kleiner Parteien. Liegt der Wert darüber, sind größere Parteien tendenziell überrepräsentiert.

Im nächsten Schritt soll nun zunächst überprüft werden, ob sich die Erwartung anhand deskriptiver Befunde bekräftigen lässt. Die ParlGov-Datenbank teilt die Parteien auch in Familien ein. In Abbildung 2.1 ist die Verteilungsdichte der Links-Rechts-Positionen in diesen Parteilfamilien dargestellt. Die Familien<sup>24</sup> lassen sich dabei hervorragend entlang der Links-Rechts-Achse anordnen, was sich auch anhand ihrer mittleren Position verdeutlichen lässt. Abbildung 2.2 stellt aufbauend die durchschnittliche Abweichung in Prozentpunkten von einer proportionalen Ämterverteilung unter allen regierungsbeteiligten Angehörigen der Parteilfamilien dar. Entgegen der Erwartung lässt sich keine systematische negative Abweichung bei radikaleren Familien auffinden. Abseits der wegen ihrer relativen Radikalität unerwartet überrepräsentierten Familie ökologischer Parteien erscheint bezeichnend, dass ausschließlich die vergleichsweise moderaten Familien der liberalen (positiv) und christdemokratischen (negativ) Parteien im Mittel signifikant von einer proportionalen Postenverteilung abweichen.

Ein derartiger deskriptiver Befund sollte nicht allzu sehr überschätzt werden, da außer Acht bleibt, ob bedeutende Drittvariablen missachtet wurden. Mit der bereits diskutierten bestehenden Tendenz zur Überrepräsentation kleiner Parteien erscheint dies naheliegend. Neben der feingliedrigeren deskriptiven Untersuchung, bleibt daher die Möglichkeit einer multivariaten inferenzstatistischen Annäherung. Zunächst soll dabei geklärt werden, ob die geplante zweistufige Heckman-Modellierung zum Umgang mit Selektionsbias notwendig ist. Abbildung A1 im Anhang liefert ein erstes deskriptives Indiz dafür. Egal welches Maß zur Beurteilung der Parteiposition betrachtet wird (Abbildung A1.1 im Anhang), lässt sich eine steilere Verteilungsdichte bei ausschließlicher Betrachtung der Regierungsparteien feststellen im Vergleich zur Betrachtung aller Parteien. Dies gilt in gleicher Weise auch für die Status Quo-Distanz

**Tabelle 1:** Grundlegende OLS-Modelle

	Modell 0a	Modell 0b	Modell 0c	Modell 0d
Parteiposition	0,73 (0,75)	0,54 (0,84)		
Parteiposition <sup>2</sup>	-0,07 (0,07)	-0,05 (0,08)		
Status Quo-Distanz			-0,03 (0,17)	-0,03 (0,17)
Status Quo-Distanz <sup>2</sup>			-0,08* (0,04)	-0,06 (0,05)
Verhandlungserfahrung		0,87 (0,64)		0,72 (0,74)
Kabinettsitzanteil	-13,45*** (2,47)	-13,62*** (2,42)	-13,49*** (2,55)	-13,60*** (2,50)
Konstante	2,63 (1,63)	2,76 <sup>†</sup> (1,68)	4,67*** (0,85)	4,30*** (1,07)
R <sup>2</sup>	0,16	0,16	0,16	0,16
n	1796	1796	1733	1733

Eigene Berechnung. OLS-Modelle zum Einfluss der beiden Positionsvariablen auf die proportionale Ministerienzuteilung. Jeweils einmal Zuzug der Kontrollvariable der Verhandlungserfahrung. <sup>†</sup>  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Auf Staatenebene geclusterte SE in Klammern.

<sup>24</sup> Wenigstens abseits der Familie der Spezialinteressen, die wenig überraschend gemäß ihres Zweckes keine klare Links-Rechts-Tendenz aufweist.

(Abbildung A1.2 im Anhang). Durch das zugehörige Abflachen an den Rändern, lässt sich der erwartete seltenere Einzug von radikalen Parteien in die Regierung anhand dieser Betrachtung stützen.

Anschließend soll geprüft werden, ob zur adäquaten Beurteilung wirklich eine Modellierung mit Heckman-Korrektur notwendig ist, oder ob eventuelle Effekte nicht bereits in einem weniger annahmestarken OLS-Modell sichtbar werden. Nun stellt die gerundete Abweichung der sitzanteilproportionalen Ministerienaufteilung die abhängige Variable dar. Erklärt werden soll diese durch die Parteiposition und die Status Quo-Distanz, wobei zusätzlich jeweils ein quadrierter Term einbezogen wird, um zu klären, ob der erwartete Effekt an beiden Rändern auftritt. Im jeweils zweiten Modell wird die Robustheit gegen den Einbezug der Kontrollvariable der Verhandlungserfahrung geprüft. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 dargestellt.

Die Ergebnisse der OLS-Modelle liefern nur sehr eingeschränkte Unterstützung für die aufgestellte These. Während die bekannte Tendenz der Überrepräsentation kleiner Parteien auch hier repliziert werden kann, lässt sich zunächst kein Effekt der Verhandlungserfahrung ermitteln. Entgegen der Hypothese besteht auch kein signifikanter Effekt der Parteiposition auf die erhaltenen Posten. Zwar besteht diese in erwarteter Richtung bei Betrachtung der quadrierten Status-Quo Distanz,<sup>25</sup> was für eine Tendenz zur Unterrepräsentation distanzierterer

**Tabelle 2:** Heckman-Modelle zum Einfluss der Parteiposition

	Modell 1a		Modell 1b	
	Selektion	Ergebnis	Selektion	Ergebnis
Parteiposition	0,83*** (0,08)	5,67*** (1,15)	0,56*** (0,07)	3,52*** (0,90)
Parteiposition <sup>2</sup>	-0,07*** (0,01)	-0,51*** (0,11)	-0,05*** (0,01)	-0,32*** (0,09)
Verhandlungserfahrung			1,34*** (0,11)	7,56*** (1,26)
Kabinettsitzanteil		-6,22** (2,34)		-8,80*** (2,47)
Parlamentssitzanteil	3,68*** (0,39)		2,91*** (0,32)	
Konstante	-2,68*** (0,24)	-18,68*** (2,95)	-2,24*** (0,21)	-15,17*** (2,45)
<i>P</i>		0,84*** (0,05)		0,81*** (0,05)
AIC	17425,57		17023,71	
BIC	17694,54		17305,49	
Log Likelihood	-8670,78		-8467,86	
Gesamte Beobachtungen	4465		4465	
Zensierte Beobachtungen	2669		2669	
Beobachtungen in Ergebnisgleichung	1796		1796	

Eigene Berechnung. Regressionsmodelle mit Heckman-Korrektur zum Einfluss der Parteiposition auf die proportionale Ministerienzuteilung. †  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Geclusterte SE in Klammern.

<sup>25</sup> Hierbei muss auf die unterschiedliche Codierung von Parteiposition und Status Quo-Distanz hingewiesen werden. Durch diese muss der quadratische Term in den jeweiligen Modellen unterschiedlich interpretiert werden. Grund dafür ist, dass die Status-Quo Distanz auch negative Werte einnehmen kann und somit die alleinige Signifikanz des quadrierten Terms hier für das Vorliegen eines erwarteten kurvilinearen Effektes spricht, sofern dieser durch den einfachen Term nicht außerhalb des logisch abgegrenzten Bereichs (-10 bis +10) geschoben wird.

Parteien spricht, doch ist dieser Effekt nicht robust gegen den Einbezug der Verhandlungserfahrung.

Ein fehlender Effekt stellt allein kein Argument für die Überlegenheit anderer Modellierungen dar. Neben den theoretischen Reflektionen sprechen zusätzlich jedoch die deskriptiven Beobachtungen und die unbefriedigende Varianzerklärung für alternative Spezifikationen. Entsprechend wird nachfolgend auf potenziellen Selektionsbias mit Heckman-Korrekturen reagiert. Tabelle 2 modelliert zunächst erneut den Effekt der vom Status Quo unabhängigen Parteiposition. Aus der Ergebnisgleichung lassen sich jeweils die erwarteten Effekte auf die Repräsentationsproportionalität einer Partei ablesen.

Zuvorderst sollte auf das hohe und sehr signifikante Rho hingewiesen werden. Die Standardfehler der Selektionsgleichung sind äußerst stark mit den Standardfehlern der Ergebnisgleichung korreliert. Dies spricht für das Vorliegen von Selektionsbias, dem durch die Heckman-Korrektur begegnet werden sollte.

Inhaltlich lässt sich in Modell 1a ein signifikanter Effekt der Parteiposition auf die Kabinettsrepräsentation ablesen. Die Kombination aus positivem einfachem Term und negativem quadriertem Term spricht für ein schlechteres Abschneiden linker Parteien, welches gleichermaßen rechts auftreten sollte. Die Größenkorrespondenz der beiden Positionsterme stützt die aufgestellte Hypothese, dass radikalere Parteien eher unterrepräsentiert sein sollten. In Modell 1b ist erkennbar, dass dieser Effekt überdies robust gegen den Einbezug der Verhandlungserfahrung ist, welche nunmehr selbst einen signifikanten Effekt in erwarteter Richtung ausübt. Regelmäßige Regierungsteilnahmen üben demnach einen positiven Effekt auf das Abschnei-

**Tabelle 3:** Heckman-Modelle zum Einfluss der Status Quo-Distanz

	Modell 2a		Modell 2b	
	Selektion	Ergebnis	Selektion	Ergebnis
Status Quo-Distanz	0,02 (0,02)	0,10 (0,16)	0,03 <sup>†</sup> (0,02)	0,12 (0,16)
Status Quo-Distanz <sup>2</sup>	-0,05*** (0,01)	-0,44*** (0,08)	-0,03*** (0,01)	-0,23*** (0,06)
Verhandlungserfahrung			1,30*** (0,12)	7,46*** (1,25)
Kabinettsitzanteil		-6,12* (2,38)		-8,53*** (2,54)
Parlamentssitzanteil	3,75*** (0,39)		3,03*** (0,33)	
Konstante	-0,35*** (0,09)	-3,44** (1,05)	-0,66*** (0,08)	-5,88*** (1,46)
<i>P</i>		0,86*** (0,04)		0,83*** (0,04)
AIC	16843,87		16499,79	
BIC	17111,22		16779,87	
Log Likelihood	-8379,93		-8205,89	
Gesamte Beobachtungen	4296		4296	
Zensierte Beobachtungen	2563		2563	
Beobachtungen in Ergebnisgleichung	1733		1733	

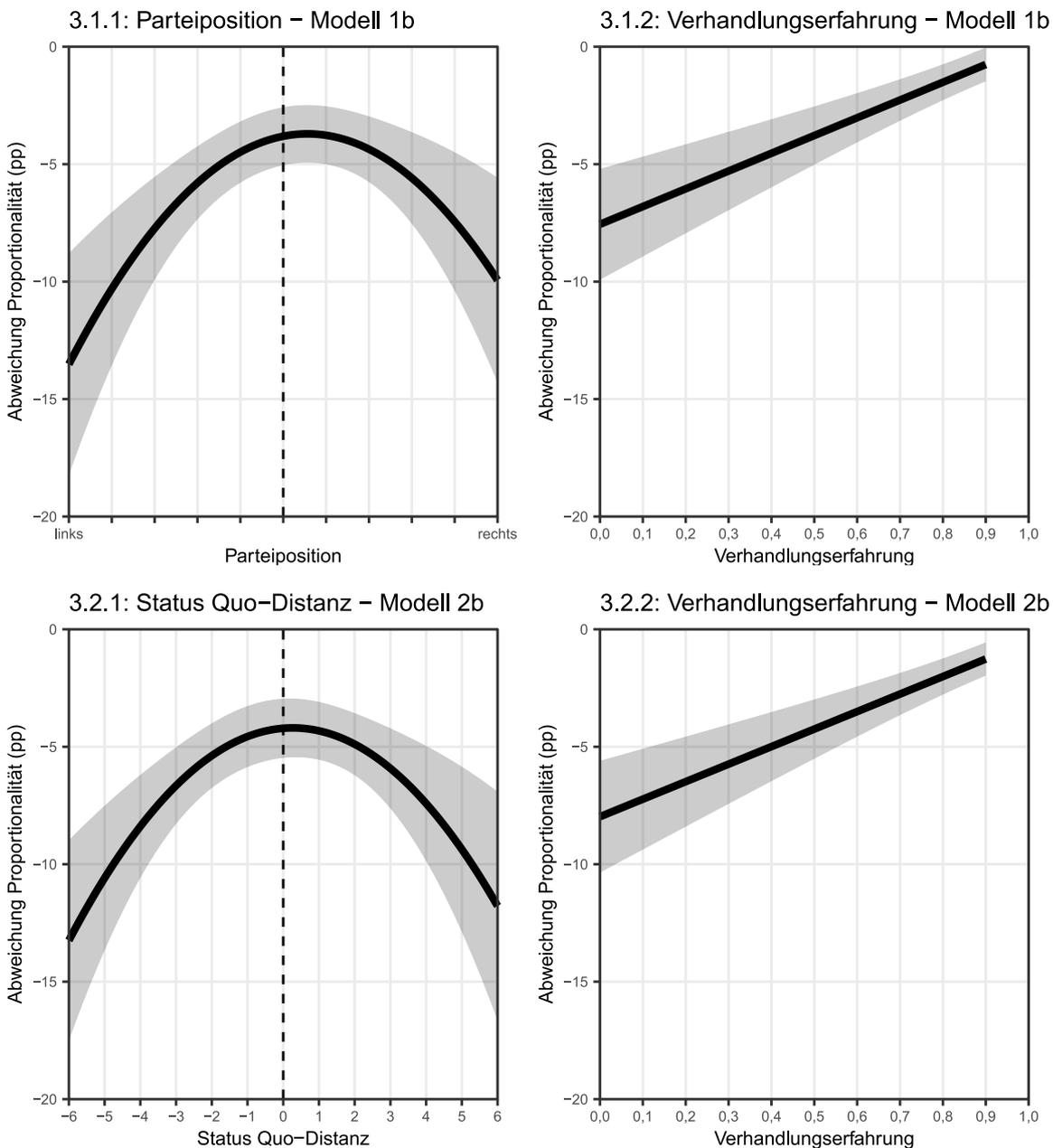
Eigene Berechnung. Modelle mit Heckman-Korrektur zum Einfluss der Status Quo-Distanz auf die proportionale Ministerienzuteilung. <sup>†</sup>  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Geclusterte SE in Klammern.

den bei den Verhandlungen zur Ministerienaufteilung aus. Die Verbesserung der Maße zur Anpassungsgüte (AIC und BIC) um je rund 400 Punkte spricht hier für einen wertvollen Erkenntnisgewinn.

Im nächsten Schritt soll nun überprüft werden, ob der Effekt der Status Quo-Distanz bei angemessener Modellierung deutlicher und robuster hervortritt. Entsprechend wurden auch hierzu Modelle mit Heckman-Korrektur geschätzt, die in Tabelle 3 dokumentiert sind.

Nun zeigt sich ein Effekt, der genau den Erwartungen der postulierten Hypothese entspricht. Entsprechend der Codierung mit negativem Werteraum spricht der vorliegende signifikante Effekt des quadratischen Terms in Modell 2a hier klar für einen kurvilinearen Effekt einer ausgeprägteren Unterrepräsentation bei größerer Status Quo-Distanz. Durch die fehlen-

**Abbildung 3:** Vorhergesagte Abweichungen von einer proportionalen Ministerienzuteilung



Eigene Darstellung. Vorhergesagte Abweichung von einer proportionalen Ministerienzuteilung in Prozentpunkten in Abhängigkeit der jeweilig dargestellten unabhängigen Variablen. 95%-Konfidenzintervall als schattierte Fläche dargestellt.

de Signifikanz des einfachen Terms sollte dieser Effekt in etwa gleich stark für linke und rechte Distanz zum Status Quo auftreten. Auch hier ist dieser Effekt robust gegen den Einbezug der Verhandlungserfahrung, die erneut einen positiven Effekt auf die Modellgüte ausübt.

Um die ermittelten Effekte besser interpretieren zu können, sind in Abbildung 3 die sich ergebenden Vorhersagen graphisch dargestellt. Die beiden oberen Panels ergeben sich dabei aus Modell 1b und entsprechen der Spezifikation mit Parteiposition. Die unteren beiden Modelle entsprechen der Spezifikation mit der Status Quo-Distanz aus Modell 2b. Auf der Y-Achse abgetragen ist in allen Panels die vorhergesagte parteiliche Abweichung von einer proportionalen Postenverteilung in Prozentpunkten. Alle Variablen, die in den Panels nicht dargestellt wurden, wurden jeweils auf den Median aller Regierungsparteien gesetzt.<sup>26</sup>

Mehr als deutlich erkennbar ist hier der kurvilineare Effekt der beiden Positionsvariablen. Während der Scheitelpunkt beim Blick auf den Effekt der reinen Position einer Partei (Abbildung 3.1.1) leicht rechts der Mitte liegt, ist eine derartige Verschiebung entsprechend der Modellergebnisse für die Status Quo-Distanz (Abbildung 3.2.1) nicht zu erkennen.<sup>27</sup> In jedem Fall wird jedoch ein signifikant negativer Effekt radikalerer Positionen auf die erhaltenen Posten vorhergesagt. Einer radikal linken Partei (Position = 0) wird bspw. auf Basis von Modell 1b *ceteris paribus* eine um 9,71 Prozentpunkte (95%-KI [4,82; 14,59]) größere Unterrepräsentation im Kabinett vorhergesagt als einer völlig zentristischen (Position = 5).

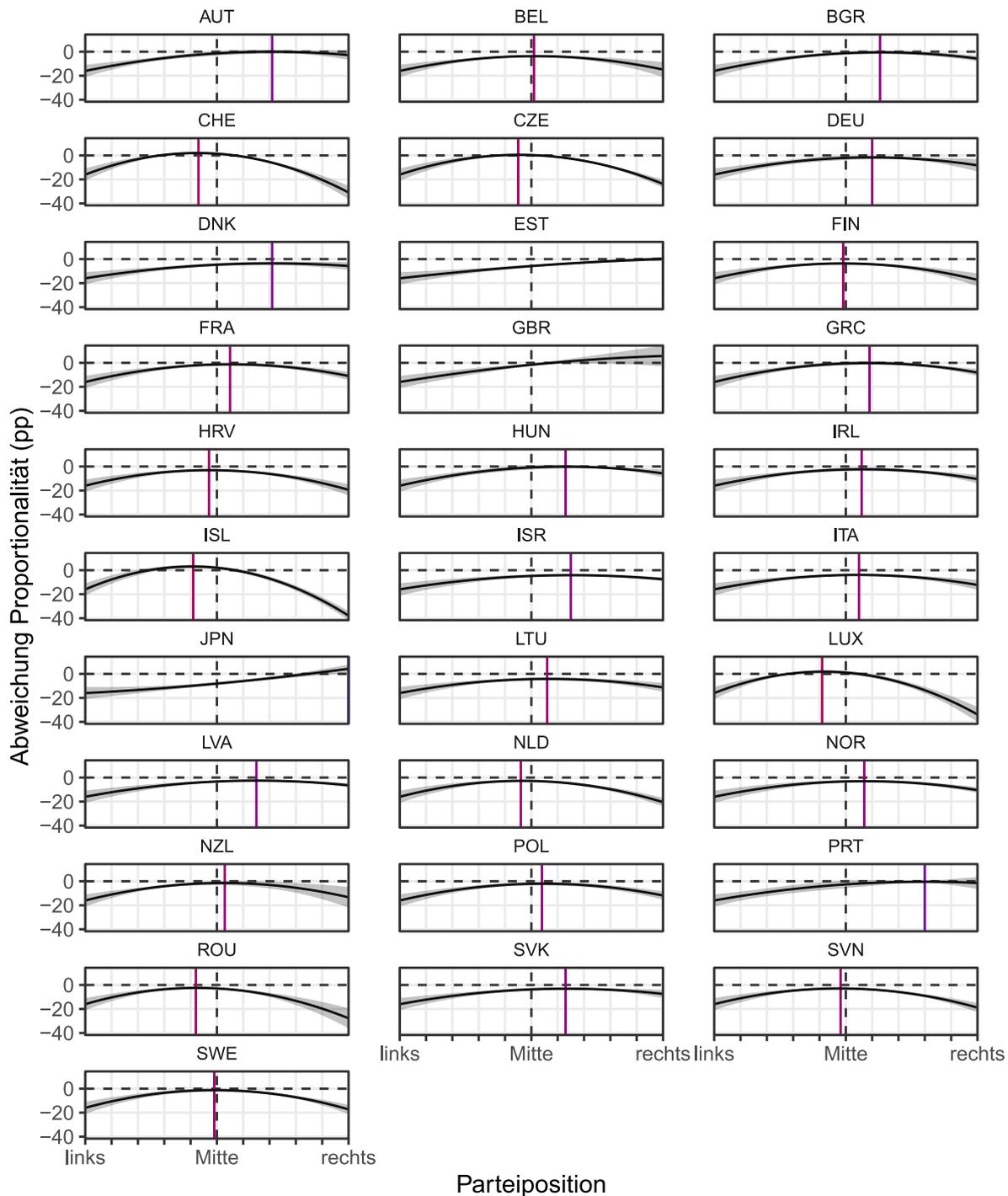
Im Weiteren wurde die Robustheit der Ergebnisse gegen alternative Spezifikationen geprüft. Die Verwendung von dynamischen Parteipositionen aus der CHES (Tabelle A1 im Anhang) weist dabei keinerlei substanzielle Unterschiede zu den Erkenntnissen aus Tabelle 2 mit zeitinvarianten Parteipositionen auf. Dem stehen die größtenteils widersprüchlichen Ergebnisse bei Verwendung von Daten aus dem Manifesto Project entgegen (Tabelle A2 im Anhang). Eine Erklärung könnte in dem gemessenen Gegenstand liegen, verlangt allerdings definitiv eine aufbauende Diskussion, die im folgenden Kapitel ausgeführt wird. Weiter wurde geprüft, ob Radikalismus auch in mehrdimensionaler Betrachtung ein negativer Einflussfaktor auf die Postenrepräsentation ist. Unter Zugrundelegung eines zweidimensionalen Politikraums mit einer soziokulturellen und einer ökonomischen Achse (siehe zur theoretischen Grundlage Kitschelt 1994; Marks et al. 2006), konnten bei erneuter Verwendung der CHES-Daten signifikante Effekte bekannter Natur allein für die ökonomische Achse ermittelt werden (Tabelle A3 im Anhang). Hier deutet sich auch eine noch stärkere Benachteiligung ökonomisch linker Positionen an. Abschließend wurde die Robustheit der Ergebnisse zur Status Quo-Distanz gegen die alternative Spezifikation des Status Quo ermittelt (Tabelle A4 im Anhang). Diese gewichtet allein für die Amtszeit eines Kabinetts und nicht dafür, wie lange dieses zurückliegt. Es ergibt sich kein substanzieller Unterschied zu den Ergebnissen aus Tabelle 3.

<sup>26</sup> Die Vorhersage in den Panels bezieht sich daher auf eine Partei mit 24,8% des Kabinettsitzanteils und soweit nicht als erklärende Variable auf der x-Achse dargestellt und im Modell applikabel eine Parteiposition von 5,8 (leicht rechts der Mitte), eine Status-Quo Distanz von 0,3 (leicht rechts des Status Quo) und eine Verhandlungserfahrung von 0,5.

<sup>27</sup> Es ist an dieser Stelle wichtig darauf hinzuweisen, dass zwar bei Betrachtung der reinen Position eine Verschiebung des Scheitelpunktes zu erkennen ist, die Unterschiede zwischen gegenüberliegenden Werten jedoch anhand konventioneller Fehlertoleranzen ( $p < 0,05$ ) in beiden Fällen als insignifikant zu beurteilen sind.

In einem letzten Schritt soll nun noch geprüft werden, inwieweit der ermittelte hypothesenkonsistente Effekt über die betrachteten Staaten variiert. Dazu wurde aufbauend zur Spezifikation aus Modell 1b die Parteiposition in Selektions- und Ergebnisgleichung mit dem Staat interagiert. Die Ergebnisse sind als vorhergesagte Abweichung einer proportionalen Postenverteilung in Prozentpunkten in Abhängigkeit der Position einer Partei für jeden Staat in Ab-

**Abbildung 4:** Internationale Betrachtung des Effekts der Parteiposition



Eigene Darstellung. Länderspezifische Vorhersage der Abweichung von der proportionalen Ministerienzuteilung in Prozentpunkten in Abhängigkeit der Parteiposition. Dazu wurde Modell 1b um eine Interaktion der Position mit dem Staat ergänzt. 95%-Konfidenzintervall als schattierte Fläche. Die vertikale durchgezogene Linie stellt den Scheitelpunkt dar und gibt somit Aufschluss, ob Parteien einer Seite des Spektrums stärker benachteiligt sind als die des anderen. Länderkürzel entsprechen ISO 3166. Australien und Spanien als Ausreißer ausgeschlossen.

bildung 4 dargestellt.<sup>28</sup> Erkennbar ist in fast allen Staaten das Vorliegen eines hypothesenkonsistenten umgekehrten „U“.<sup>29</sup> Dies wird auch durch die farbige durchgezogene vertikale Linie verdeutlicht, die jeweils den Scheitelpunkt verdeutlicht und damit angibt, ob der Effekt stärker einen der beiden politischen Pole betrifft. Interessanterweise lässt sich eine deutliche und positive (Pearson's  $r = 0,47$ ;  $p < 0,01$ ) Korrelation zum mittleren Status Quo des zugehörigen Landes ermitteln (siehe zur Entwicklung des Status Quo auch Abbildungen A2 und A3 im Anhang). Tendenziell gilt also, dass mit einem rechteren Status Quo linkere Parteien stärker unterrepräsentiert sind und umgekehrt. Dies spricht dafür, dass etwaige Verzerrungen vom Status Quo des Landes abhängig sein könnten. Ein starkes Argument für die Bedeutung des Status Quo und die Relevanz der Überlegungen von Baron und Diermeier (2001) in Hinblick auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass bei Berücksichtigung des Problems von Selektionsbias klar erkennbare Effekte in erwarteter Richtung zu ermitteln sind. Zwar spielt vermutlich die Verhandlungserfahrung eine Rolle, doch bleibt zuvorderst festzuhalten, dass radikalere und status-quo-distanziertere Parteien in Kabinetten tendenziell unterproportional repräsentiert sein dürften. Eine linke Parteiposition könnte dabei fataler sein, doch spricht einiges dafür, dass die relevantere Größe die Status Quo-Distanz einer Partei ist.

---

<sup>28</sup> Die sonstigen Variablen wurden auf die gleichen Werte wie in Abbildung 3 gesetzt.

<sup>29</sup> Nirgendwo liegt ein gewöhnliches „U“ vor, einzig in Japan und dem Vereinigten Königreich ist eine Tendenz zur alleinigen Unterrepräsentation linker Parteien erkennbar

# 5

## DISKUSSION

Wie sind diese Befunde nun substanziell zu interpretieren, welche Relevanz tragen sie, und an welchen Stellen sind Limitationen und Einschränkungen zu beachten? Zunächst bleibt auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeit deutlich festzuhalten, dass radikalere Parteien in Koalitionsverhandlungen bei der Ministerienaufteilung tendenziell schlechter abschneiden und unterproportionalere Ergebnisse erzielen als moderate Parteien. Praktisch formuliert, würde Modell 1b vorhersagen, dass in einem Kabinett, in welchem 16 Ministerien<sup>30</sup> vergeben werden sollen, eine gänzlich linksradikale Partei (Position = 0) *ceteris paribus* und auf die nächste natürliche Zahl gerundet<sup>31</sup> zwei Ministerien weniger erhalten würde als eine gänzlich zentristische (Position = 5) Partei. Eine mögliche Erklärung, die sich mit den theoretischen Überlegungen weitgehend deckt, läge in einer Schwächung der Verhandlungsposition von Parteien, wenn diese radikal positioniert sind (siehe auch Linhart et al. 2008: 63). Um Teil von Regierungen zu werden, in denen sie ihre radikalen politischen Positionen nicht gänzlich aufgeben müssen, sind größere Zugeständnisse in anderer Währung erforderlich, womit in Koalitionsverhandlungen insbesondere die betrachteten Posten gemeint sein sollten. Interessant bleibt somit auch, ob dieser Effekt nur bei großer Varianz der Positionen der Koalitionsparteien besteht, oder ob auch in homogen radikalen Koalitionen die noch radikaleren Parteien vergleichsweise unterrepräsentiert sind. Eine Frage für zukünftige Forschung, die einen Beitrag zu einer noch präziseren Beurteilung der Annahmen Crombez' (1996) zur relativen Zentralität leisten könnte.

Weiter zeigt sich in der Untersuchung, dass noch vor der generellen Position einer Partei ihre Distanz zum politischen Status Quo relevant sein könnte. Aus den betrachteten Theorien lässt sich *prima facie* kein Grund ableiten, warum eine Seite des politischen Spektrums von ihrer absoluten Radikalität eher betroffen sein sollte als die andere. Insofern muss die tendenziell stärkere Benachteiligung linker Parteien bei dem Blick auf die reine Position als überraschend gewertet werden. Die deutlich stärkere Spiegelung des Effekts bei Betrachtung der Status Quo-Distanz liegt dagegen ganz auf Linie mit den Erwartungen. Dies spricht dafür, dass Radikalität eher relativ begriffen werden sollte. Dies kann einerseits relativ zum Status Quo geschehen (siehe Baron/Diermeier 2001), wobei eine große Nähe zu diesem Policies im Vergleich zu Posten weniger wertvoll machen könnte. Andererseits könnten dies in Relation

---

<sup>30</sup> Der Median aller in dieser Arbeit betrachteten Koalitionskabinette.

<sup>31</sup> Bei Rundung auf die zweite Nachkommastelle belief sich die vorhergesagte Differenz auf 1,55 Ministerien.

zu den anderen koalierenden Parteien geschehen (siehe Crombez 1996), wobei die relative Radikalität die Machtposition zu den anderen Parteien determiniert. Offen bleibt, ob allein die Distanz zum wahrgenommenen Status Quo entscheidend ist, oder ob auch der durch die diskutierte ungleiche Responsivität real erzeugte Status Quo als Distanzpunkt bedeutend ist. Während die Korrelation von Positioneffektscheitelpunkt und mittlerem wahrgenommenem Status Quo hier dagegen spricht, ist die Tendenz zur stärkeren linken Betroffenheit eine denkbare und logisch konsistente Konsequenz ungleicher Responsivität, die wegen der hohen Status Quo-Stabilität gleichzeitig radikale Parteien allgemein betreffen sollte.

Weiter zeigt sich in dieser Arbeit ein kleiner, aber dennoch signifikanter Effekt der Verhandlungserfahrung auf den Erfolg bei der Verhandlung der Ministerienaufteilung. Die Robustheit der beiden Effekte gegeneinander sollte als Anreiz dienen, sich zukünftig auch verstärkt theoretisch mit dieser non-rationalen Größe auseinanderzusetzen.

Bei der Reflektion des methodischen Vorgehens sollte zunächst die Notwendigkeit alternativer Spezifikationen der abhängigen Variable diskutiert werden. Die Proportionalität der Ministerienaufteilung wurde in dieser Arbeit ungewichtet betrachtet. Vergangene Studien legen jedoch nahe, dass politische Akteure verschiedene Ressorts als unterschiedlich bedeutsam beurteilen (Bäck et al. 2011: 459). Speziell unter Berücksichtigung einer größeren Gültigkeit des Gamson-Gesetzes bei gewichteter Ministerienbetrachtung (Warwick/Druckman 2001: 642, 2006: 648) sollte geprüft werden, ob die Ergebnisse robust gegen Spezifikationen sind, in denen die Ministerien gewichtet wurden (zur Messung der Bedeutsamkeit: Druckman/Warwick 2005).

In Bezug auf die Operationalisierung der Parteipositionen ist zunächst eine Robustheit der Ergebnisse bei zeitdynamischer und statischer Codierung der Position der Gesamtpartei zu vermerken. Wird die Position dagegen anhand der Codierung des Parteiprogramms operationalisiert, verfällt der Effekt. Es gilt daher sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob in Wahrheit eine Scheinkorrelation vorliegt. Realistischer könnte jedoch sein, dass die unterschiedlichen Messgegenstände die Erklärung sind. Sowohl die CHES-Daten (Jolly et al. 2022) als auch die ParlGov-Metrik (Döring et al. 2022) geben eher eine allgemeine Parteiposition wieder. Die Manifesto-Daten (Lehmann et al. 2022) beziehen sich dagegen auf ein spezifisches Parteiprogramm, welches insbesondere auch zu Wahlkampfzwecken erstellt werden dürfte (Dolezal et al. 2012; Ray 2007: 17). Der Blick auf Abbildung A1 im Anhang offenbart hier die stärkste Tendenz zur Mitte. Das Medianwählertheorem legt nahe, dass es für Parteien rational sein sollte, sich am mittleren Wähler auszurichten (Downs 1957). Gleichzeitig liegt nahe, dass diese nach außen dargestellte Positionierung eine geringere Radikalität vermittelt, als sie innerhalb der Partei vorliegt (Katz/Mair 2002: 121). Innerhalb von Koalitionsverhandlungen könnte daher eher die wahrgenommene Radikalität der Gesamtpartei als ihre Programmpositionierung entscheidend sein. Dafür sprechen auch die Ergebnisse dieser Arbeit.

In Bezug auf die Status Quo-Distanz konnten derweil keine Probleme hinsichtlich der Robustheit festgestellt werden. Dennoch könnten zukünftige Arbeiten aufgreifen, dass in dieser Arbeit mit einer perzeptiven Operationalisierung des Status Quo gearbeitet wurde. Es wurde

vorausgesetzt, dass die Parteien den Status Quo als Ergebnis der Regierungshistorie wahrnehmen. Interessant wäre daher – speziell auch in Bezug zur Positioneffektschiefe – ob die Ergebnisse replizierbar sind, wenn versucht wird, eine objektivere Messung des Status Quo vorzunehmen, die etwa durch Experteneinschätzungen generiert werden könnte.

In Hinblick auf den Effekt des Verhandlungsgeschicks bleibt die augenscheinlich adäquate Operationalisierung mittels einer zeitlichen Abschreibung zu notieren. Die Robustheit der zugehörigen Ergebnisse ist ein starkes Argument für die diesbezügliche Korrektheit. Vorläufige Versuche der Modellierung mittels einfacher und ungewichteter kumulativer Summierung der Regierungsteilnahmen ergaben keinerlei Effekte. Nach allem Anschein dürfte die gewonnene Erfahrung mit der Zeit verblassen und könnte somit an die Personen gebunden sein. Eine zukünftige tiefergehende theoretische Auseinandersetzung mit dieser Vermutung und dem allgemeinen Einfluss der Verhandlungserfahrung erscheint zielführend.

Letztlich bleibt darauf hinzuweisen, dass sich die hier gewählte Modellierung mittels Heckman-Korrektur innerhalb der Arbeit bewährt hat, und sonst verdeckte Effekte dadurch herausgearbeitet werden konnten. Der theoretisch zu erwartende und allem Anschein nach auch vorliegende Selektionsbias sollte daher auch in künftigen Untersuchungen wahrgenommen werden. Durch entsprechende Verfahren kann er angemessen berücksichtigt werden.

Die Relevanz dieser Arbeit ergibt sich rund um das Feld der Regierungsforschung. Einerseits konnte deskriptiv und inferenzstatistisch unterstrichen werden, dass radikalere Parteien seltener Teil von Regierungen sind. Ferner leistet diese Arbeit einen Beitrag in Bezug auf die Erwartungen an die Ministerienaufteilung von Koalitionen. Demnach sollte davon ausgegangen werden, dass radikalere Parteien tendenziell unterproportional repräsentiert sein sollten. Sie steht damit in Verbindung zu neuerer Literatur, die zwischen einem rein nach Gamson ausgerichteten Verteilungsmechanismus und einer auf parteiliche Verhandlungsmacht fokussierten Perspektive vermittelt (Carroll/Cox 2007: 309; Martin/Vanberg 2020b: 1152). Offen bleibt hingegen die Frage, ob radikale Parteien dieses Zugeständnis wirklich nur machen, um im Gegenzug einen größeren Einfluss auf die Policy-Ausrichtung der gebildeten Koalition zu erhalten. Die Frage, wie und welche Vereinbarungen hierzu getroffen werden, bleibt daher offen und sollte in Zukunft unbedingt in Verbindung zu den Ergebnissen dieser Arbeit untersucht werden. Eine klare Antwort lässt sich auch aus bestehenden Studien zur Regierungsbilanz nicht ableiten. Akkerman und de Lange (2012: 585) sehen eine gemischte Policy-Bilanz rechtspopulistischer Parteien in Regierungsverantwortung. Von denen durch sie untersuchten Parteien ( $n = 7$ ) wies einzig die Lijst Pim Fortuyn im Kabinett Balkenende I (ein Ministerium zu wenig) eine unterproportionale Ämterzahl auf, was gegeben des koexistierenden Effekts der Sitzzahl nicht notwendigerweise gegen die Gültigkeit der Befunde dieser Arbeit spricht. Bezeichnenderweise ließ sich jedoch ausgerechnet in dieser Regierung die geringste – nämlich keine – Policy-Anpassung in rechtspopulistischer Richtung feststellen, was stärker jedoch auf den schnellen Zerfall der Regierung rückführbar sein sollte. In ihren Reflektionen zur Regierungsbilanz linksradikaler Parteien sehen auch Dunphy und Bale (2011: 493) nur wenig Anlass, größere Erfolge hinsichtlich des Policy-Einflusses zu attestieren und

urteilen: „the concrete achievements chalked up by most left parties to date can still only be called modest.“ Die Möglichkeit eines weniger offensichtlichen Ausgleichs sollte dennoch nicht gänzlich negiert werden. Martin und Vanberg (2020b: 1149ff.) ermitteln etwa, dass unterproportional vertretene Regierungsparteien im Gegenzug ein geringeres Policy-Risiko tragen. Parteien tragen dieses in ihrer Untersuchung dann, wenn eine zweite Partei mit großer ideologischer Distanz zu der eigenen Position ein Ministerium erhält, welches starken Einfluss auf ein für die erste Partei bedeutsames Policy-Feld ausübt. Soweit radikalere Parteien also – wie durch diese Arbeit impliziert – eher unterrepräsentiert sind, sollte nicht ausgeschlossen werden, dass sie dennoch anderweitige Zugeständnisse erhalten. Künftige Untersuchungen, welche die Unterrepräsentation in Verbindung zu möglichen Kompromissleistungen betrachten, versprechen daher spannende Ergebnisse.

Weiter bleibt etwa die Frage offen, ob die ermittelten Effekte größtenteils aus der Bildung übergroßer Koalitionen entstehen, wie dies aus den leitenden Überlegungen von Crombez (1996) und Baron und Diermeier (2001) zu erwarten wäre. Gerade auf Basis der international großen Gültigkeit des ermittelten Effekts (siehe Abbildung 4) – auch in Staaten mit völliger Bedeutungslosigkeit übergroßer Koalitionen – erscheint dies zwar wenig plausibel, dennoch könnte dies aufbauend untersucht werden. In Zukunft sollte auch das Verhältnis der Status Quo-Distanz und der Verhandlungserfahrung genauer geprüft werden. Eine mehrfach in Folge regierungsbeteiligte Partei baut in dieser Modellierung nämlich einerseits ihre Distanz ab und andererseits ihre Erfahrung auf. Um zu prüfen, ob der Effekt des einen nicht bspw. vor allem<sup>32</sup> in Abstinenz des anderen vorliegt, könnten zukünftige Untersuchung beides versuchsweise interagieren.

Interessant wären ferner Untersuchungen, welche die Mechanismen, die den ermittelten Effekten unterliegen, genauer betrachten. In Kombination mit der benannten größeren Policy-Orientierung radikalerer Parteien (Helboe Pedersen 2012: 906f.) könnten Verhandler bspw. befragt werden, ob ihre Zustimmung zu einem unterproportionalen Ergebnis die Folge von Policy-Zugeständnissen ist und welche Rolle ihre Wahrnehmung des Status Quo dabei spielte.

Schließlich könnten zukünftige Untersuchungen auch prüfen, welche Konsequenzen sich aus den Ergebnissen für die Lebensdauer einer Koalition ergeben. Wird ein unproportionales Verhandlungsergebnis als ungerecht wahrgenommen und die Koalitionen zerfallen schneller, oder wird es als passender zur Situation der Parteien wahrgenommen und die Koalitionen überstehen die Amtsperiode eher?

---

<sup>32</sup> Oder in unterschiedlicher Stärke.

# 6

## FAZIT

Die Regierungsbeteiligung gehört zu den ureigenen Funktionen des Parteienwettbewerbs (Katz 1987: 4). Durch sie können Parteien ihre politischen Ideale rechtsverbindlich umsetzen und Machtpositionen unter ihren Mitgliedern verteilen. Es wurde dargelegt, dass beide Aspekte das parteiliche Streben nach Regierungsbeteiligungen motivieren sollten (Axelrod 1970; Riker 1962), und dass sie daher in Koalitionsverhandlungen darum streiten sollten, einen möglichst großen Anteil von beiden Aspekten zu erhalten. In dieser Arbeit sollte diesbezüglich untersucht werden, ob radikalere Parteien bei der Ministerienaufteilung systematisch schlechter abschneiden.

Diesbezüglich wurde zunächst theoretisch abgeleitet, dass ihre vergleichsweise große Distanz zu den Positionen anderer Parteien ihre Verhandlungsposition im Vergleich zu den anderen Parteien schwächt, speziell wenn diese im Gegenzug besonders zentral positioniert sind (Crombez 1996). Überdies wurde verdeutlicht, dass eine größere Status Quo-Distanz mit einem stärkeren Druck in Regierungen einzutreten einhergehen könnte und hier im Gegenzug für Policy-Zugeständnisse auf Posten verzichtet werden dürfte (Baron/Diermeier 2001). Der Verzicht auf Posten wurde dabei unter Berücksichtigung des Gamson-Gesetzes als der auf den Sitzanteil bezogene unterproportionale Erhalt von Posten definiert. Ungeachtet etwaiger Überlegungen zum Einfluss des Koalitionstyps wurde anschließend die These aufgestellt, dass radikalere Parteien und solche mit großer Status Quo-Distanz eher unterrepräsentiert sein sollten.

In der diesbezüglichen empirischen Untersuchung, bei der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gebildete Koalitionsregierungen aus 33 westlichen parlamentarischen oder semi-präsidentiellen Demokratien betrachtet wurden, konnte diese These überzeugend gestützt werden. Berücksichtigt man den Selektionsprozess, der einer Regierungsbildung zugrunde liegt, lässt sich ein klar negativer Effekt der Distanz zur politischen Mitte auf die Proportionalität der erhaltenen Posten erkennen. Theoretisch spricht dabei einiges für eine überragende Relevanz der Distanz zum wahrgenommenen Status Quo, die theoretisch konsistenteren Ergebnisse erzeugte als die reine Parteiposition. Interessant bleibt in dieser Beziehung die denkbare aber noch ungeprüfte Erklärbarkeit einer stärkeren linken Betroffenheit durch bestehende Ungleichheiten in der demokratischen Responsivität.

Umso interessanter erscheint es daher, sich zukünftig tiefergehend mit den kausalen Mechanismen hinter den erbrachten Ergebnissen auseinanderzusetzen. Ist es tatsächlich der radikal wahrgenommene Status Quo, der Parteien dazu motiviert für eine Regierungsbeteiligung notwendigenfalls auf Posten zu verzichten und die Oppositionsarbeit, ganz im Sinne Münteferings, zu *Mist* zu erklären? Neben der Klärung, ob die theoretisch angenommene Rechnung aufgeht, und dadurch tatsächlich ein größerer Policy-Einfluss entsteht, oder ob dieser nicht ironischerweise durch die fehlenden Posten ausbleibt, könnte künftige Forschung insbesondere hier einen Beitrag leisten. Bis dahin bleibt festzuhalten, dass radikalere Parteien für eine Regierungsbeteiligung auch mit Posten zahlen.

## LITERATUR

- Akkerman, Tjitske; Lange, Sarah L. de (2012): Radical Right Parties in Office: Incumbency Records and the Electoral Cost of Governing. In: *Government and Opposition* 47 (4), S. 574–596. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2012.01375.x.
- Alesina, Alberto; Cukierman, Alex (1990): The Politics of Ambiguity. In: *The Quarterly Journal of Economics* 105 (4), S. 829–850. DOI: 10.2307/2937875.
- Amorim Neto, Octavio (2006): The Presidential Calculus. In: *Comparative Political Studies* 39 (4), S. 415–440. DOI: 10.1177/0010414005282381.
- Armingeon, Klaus; Engler, Sarah; Leemann, Lucas (2022): Supplement to the Comparative Political Dataset - Government Composition 1960-2020. Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich. Online verfügbar unter <https://www.cpds-data.org/>, zuletzt geprüft am 30.01.2023.
- Art, David (2013): Rise of the Radical Right: Implications for European Politics. In: *The Brown Journal of World Affairs* 19 (2), S. 127–137. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/24590825>, zuletzt geprüft am 11.03.2023.
- Arzheimer, Kai (2015): The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? In: *West European Politics* 38 (3), S. 535–556. DOI: 10.1080/01402382.2015.1004230.
- Axelrod, Robert (1970): *Conflict of Interest*. Chicago: Markham.
- Bäck, Hanna; Debus, Marc; Dumont, Patrick (2011): Who gets what in coalition governments? Predictors of portfolio allocation in parliamentary democracies. In: *European Journal of Political Research* 50 (4), S. 441–478. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2010.01980.x.
- Bäck, Hanna; Meier, Henk Erik; Persson, Thomas (2009): Party Size and Portfolio Payoffs: The Proportional Allocation of Ministerial Posts in Coalition Governments. In: *The Journal of Legislative Studies* 15 (1), S. 10–34. DOI: 10.1080/13572330802666760.
- Bakker, Ryan; Vries, Catherine de; Edwards, Erica; Hooghe, Liesbet; Jolly, Seth; Marks, Gary et al. (2015): Measuring party positions in Europe. In: *Party Politics* 21 (1), S. 143–152. DOI: 10.1177/1354068812462931.

- Baron, David P. (1993): Government Formation and Endogenous Parties. In: *American Political Science Review* 87 (1), S. 34–47. DOI: 10.2307/2938954.
- Baron, David P.; Diermeier, Daniel (2001): Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems. In: *The Quarterly Journal of Economics* 116 (3), S. 933–967. DOI: 10.1162/00335530152466278.
- Benoit, Kenneth; Laver, Michael (2009): Party policy in modern democracies. London: Routledge.
- Bergman, Torbjörn (1993): Formation rules and minority governments. In: *European Journal of Political Research* 23 (1), S. 55–66. DOI: 10.1111/j.1475-6765.1993.tb00348.x.
- Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung. Berlin: Wagenbach.
- Browne, Eric C.; Franklin, Mark N. (1973): Aspects of Coalition Payoffs in European Parliamentary Democracies. In: *American Political Science Review* 67 (2), S. 453–469. DOI: 10.2307/1958776.
- Carroll, Royce; Cox, Gary W. (2007): The Logic of Gamson’s Law: Pre-election Coalitions and Portfolio Allocations. In: *American Journal of Political Science* 51 (2), S. 300–313. DOI: 10.1111/j.1540-5907.2007.00252.x.
- Castles, Francis G.; Mair, Peter (1984): Left-Right Political Scales: Some ‚Expert‘ Judgments. In: *European Journal of Political Research* 12 (1), S. 73–88. DOI: 10.1111/j.1475-6765.1984.tb00080.x.
- Cheibub, José Antonio; Przeworski, Adam; Saiegh, Sebastian M. (2004): Government Coalitions and Legislative Success Under Presidentialism and Parliamentarism. In: *British Journal of Political Science* 34 (4), S. 565–587. DOI: 10.1017/S0007123404000195.
- Cox, Gary W. (2021): Nonunitary Parties, Government Formation, and Gamson’s Law. In: *American Political Science Review* 115 (3), S. 917–930. DOI: 10.1017/S0003055421000277.
- Crombez, Christophe (1996): Minority governments, minimal winning coalitions and surplus majorities in parliamentary systems. In: *European Journal of Political Research* 29 (1), S. 1–29. DOI: 10.1111/j.1475-6765.1996.tb00639.x.
- Der Spiegel (2004): Opposition ist scheiße! Spiegel Online. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-in-der-spd-opposition-ist-scheisse-a-285507.html>, zuletzt geprüft am 14.02.2023.
- Dolezal, Martin; Ennser-Jedenastik, Laurenz; Müller, Wolfgang C.; Winkler, Anna Katharina (2012): The Life Cycle of Party Manifestos: The Austrian Case. In: *West European Politics* 35 (4), S. 869–895. DOI: 10.1080/01402382.2012.682349.

- Döring, Holger; Huber, Constantin; Manow, Philip (2022): Parliaments and governments database (ParlGov): Information on parties, elections and cabinets in established democracies. Development version. Online verfügbar unter [https://parlgov.org/data/parlgov-development\\_csv-utf-8/](https://parlgov.org/data/parlgov-development_csv-utf-8/), zuletzt geprüft am 30.01.2023.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Druckman, James N.; Warwick, Paul V. (2005): The missing piece: Measuring portfolio salience in Western European parliamentary democracies. In: *European Journal of Political Research* 44 (1), S. 17–42. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2005.00217.x.
- Dunphy, Richard; Bale, Tim (2011): The radical left in coalition government: Towards a comparative measurement of success and failure. In: *Party Politics* 17 (4), S. 488–504. DOI: 10.1177/1354068811400524.
- Edgell, Amanda B.; Wilson, Matthew C.; Boese, Vanessa A.; Grahn, Sandra (2020): *Democratic Legacies: Using Democratic Stock to Assess Norms, Growth, and Regime Trajectories* (V-Dem Working Paper, 100). DOI: 10.2139/ssrn.3595957.
- Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin (2021): Not just money: Unequal responsiveness in egalitarian democracies. In: *Journal of European Public Policy* 28 (12), S. 1890–1908. DOI: 10.1080/13501763.2020.1801804.
- Enns-Jedenastik, Laurenz; Schumacher, Gijs (2021): What parties want from their leaders: How office achievement trumps electoral performance as a driver of party leader survival. In: *European Journal of Political Research* 60 (1), S. 114–130. DOI: 10.1111/1475-6765.12391.
- Gamson, William A. (1961): A Theory of Coalition Formation. In: *American Sociological Review* 26 (3), S. 373–382. DOI: 10.2307/2090664.
- Ganghof, Steffen (2021): *Beyond Presidentialism and Parliamentarism*. Oxford: Oxford University Press. DOI: 10.1093/oso/9780192897145.001.0001.
- Gilens, Martin (2005): Inequality and Democratic Responsiveness. In: *Public Opinion Quarterly* 69 (5), S. 778–796. DOI: 10.1093/poq/nfi058.
- Gomez, Raul; Vercesi, Michelangelo; Mustillo, Thomas (2022): *Political Data Yearbook interactive*. European Consortium for Political Research. Online verfügbar unter <https://politicaldatayearbook.com/>, zuletzt geprüft am 30.01.2023.
- Heckman, James J. (1979): Sample Selection Bias as a Specification Error. In: *Econometrica* 47 (1), S. 153–161. DOI: 10.2307/1912352.
- Helboe Pedersen, Helene (2012): What do Parties Want? Policy versus Office. In: *West European Politics* 35 (4), S. 896–910. DOI: 10.1080/01402382.2012.682350.
- Hellström, Johan; Bergman, Torbjörn; Bäck, Hanna (2021): *Party Government in Europe Database (PAGED)*. Online verfügbar unter <https://erdda.org/party-government-in-europe-database/data-archive-main-page/data-archive-2/>, zuletzt geprüft am 30.01.2023.

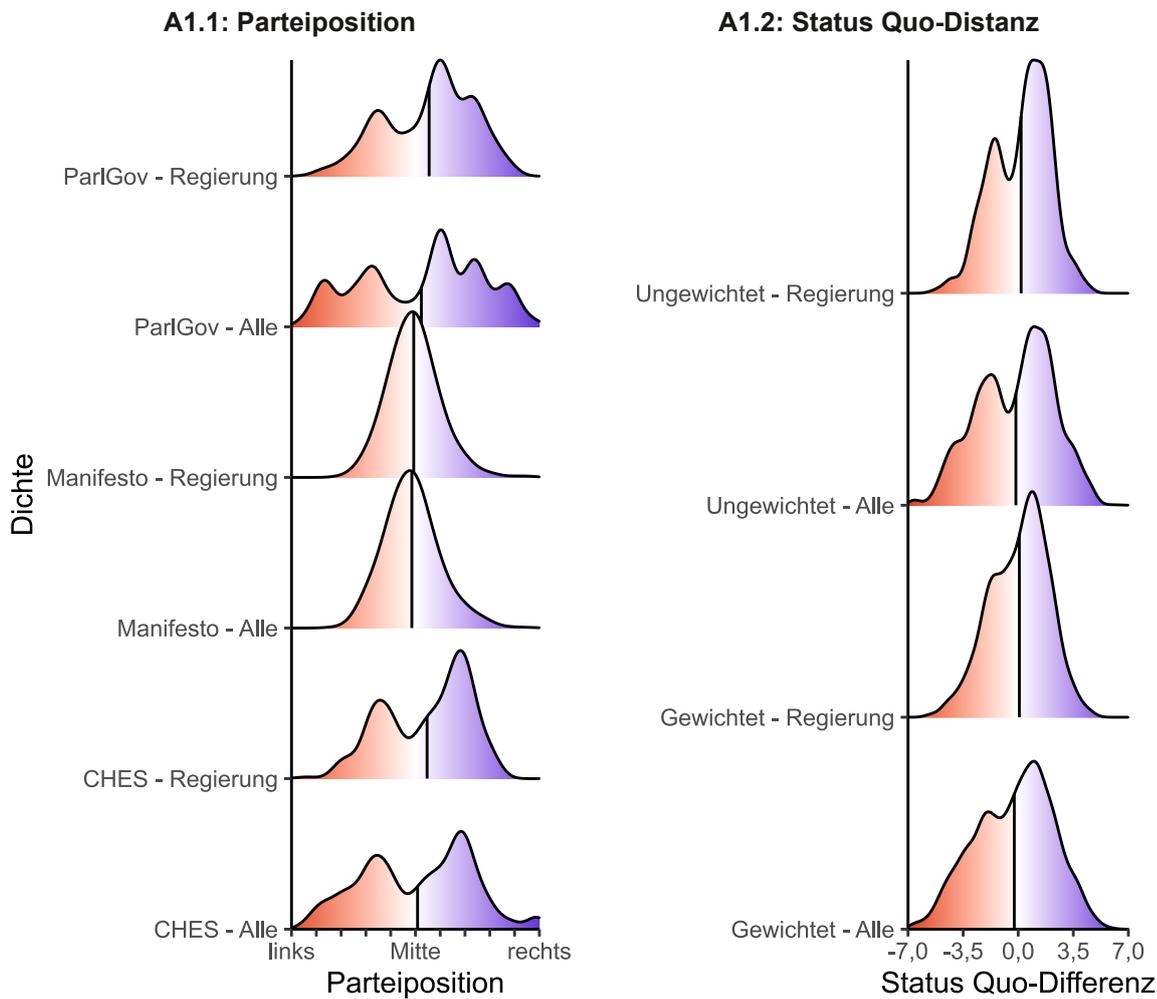
- Hillen, Sven (2017): „Nur wer wählt, zählt“? Eine Analyse des Zusammenhangs von Wahlbeteiligung und arbeitsmarktbezogenen sozialen Leistungen linker Parteien in OECD-Ländern. In: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (4), S. 533–559. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/26427794>, zuletzt geprüft am 24.08.2022.
- Huber, John; Inglehart, Ronald (1995): Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies. In: *Party Politics* 1 (1), S. 73–111. DOI: 10.1177/1354068895001001004.
- Jolly, Seth; Bakker, Ryan; Hooghe, Liesbet; Marks, Gary; Polk, Jonathan; Rovny, Jan et al. (2022): Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. In: *Electoral Studies* 75, S. 102420. DOI: 10.1016/j.electstud.2021.102420.
- Katz, Richard S. (1987): Party Government and Its Alternatives. In: Richard S. Katz und Rudolf Wildenmann (Hg.): *The Future of Party Government*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 1–26.
- Katz, Richard S.; Mair, Peter (2002): The Ascendancy of the Party in Public Office: Party Organizational Change in Twentieth Century Democracies. In: Richard Gunther, José R. Montero und Juan J. Linz (Hg.): *Political parties. Old concepts and new challenges*. Oxford: Oxford University Press, S. 113–135.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The transformation of European social democracy*. Cambridge: Cambridge University Press. DOI: 10.1017/CBO9780511622014.
- Lehmann, Pola; Burst, Tobias; Matthieß, Theres; Regel, Sven; Volkens, Andrea; Weßels, Bernhard et al. (2022): Manifesto Project Dataset. DOI: 10.25522/MANIFESTO.MPDS.2022A.
- Lijphart, Arend (2012): *Patterns of Democracy*. New Haven: Yale University Press. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/j.ctt32bg23>, zuletzt geprüft am 19.02.2023.
- Linhart, Eric; Pappi, Franz Urban; Schmitt, Ralf (2008): Die proportionale Ministerienaufteilung in deutschen Koalitionsregierungen: Akzeptierte Norm oder das Ausnutzen strategischer Vorteile? In: *Politische Vierteljahresschrift* 49 (1), S. 46–67. DOI: 10.1007/s11615-008-0087-0.
- Lupu, Noam; Tirado Castro, Alejandro (2022): Unequal policy responsiveness in Spain. In: *Socio-Economic Review* (Online First). DOI: 10.1093/ser/mwac040.
- March, Luke (2012): Problems and perspectives of contemporary European radical left parties: Chasing a lost world or still a world to win? In: *International Critical Thought* 2 (3), S. 314–339. DOI: 10.1080/21598282.2012.706777.
- March, Luke; Mudde, Cas (2005): What’s Left of the Radical Left? The European Radical Left After 1989: Decline and Mutation. In: *Comparative European Politics* 3 (1), S. 23–49. DOI: 10.1057/palgrave.cep.6110052.

- Marks, Gary; Hooghe, Liesbet; Nelson, Moira; Edwards, Erica (2006): Party Competition and European Integration in the East and West. In: *Comparative Political Studies* 39 (2), S. 155–175. DOI: 10.1177/0010414005281932.
- Martin, Lanny W.; Vanberg, Georg (2020a): Coalition Government, Legislative Institutions, and Public Policy in Parliamentary Democracies. In: *American Journal of Political Science* 64 (2), S. 325–340. DOI: 10.1111/ajps.12453.
- Martin, Lanny W.; Vanberg, Georg (2020b): What You See Is Not Always What You Get: Bargaining before an Audience under Multiparty Government. In: *American Political Science Review* 114 (4), S. 1138–1154. DOI: 10.1017/S0003055420000337.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* 39 (4), S. 541–563. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x.
- Nai, Alessandro (2020): Going Negative, Worldwide: Towards a General Understanding of Determinants and Targets of Negative Campaigning. In: *Government and Opposition* 55 (3), S. 430–455. DOI: 10.1017/gov.2018.32.
- Olson, David M. (1994): *Democratic Legislative Institutions. A Comparative View*. New York: Routledge. DOI: 10.4324/9781315705200.
- Persson, Mikael (2021): From opinions to policies: Examining the links between citizens, representatives, and policy change. In: *Electoral Studies* 74, S. 1–7. DOI: 10.1016/j.electstud.2021.102413.
- Phillips-Wren, Gloria; Power, Daniel J.; Mora, Manuel (2019): Cognitive bias, decision styles, and risk attitudes in decision making and DSS. In: *Journal of Decision Systems* 28 (2), S. 63–66. DOI: 10.1080/12460125.2019.1646509.
- Raabe, Johannes; Linhart, Eric (2015): Does substance matter? A model of qualitative portfolio allocation and application to German state governments between 1990 and 2010. In: *Party Politics* 21 (3), S. 481–492. DOI: 10.1177/1354068813487107.
- Ray, Leonard (2007): Validity of measured party positions on European integration: Assumptions, approaches, and a comparison of alternative measures. In: *Electoral Studies* 26 (1), S. 11–22. DOI: 10.1016/j.electstud.2006.03.008.
- Riera, Pedro; Pastor, Marco (2022): Cordons sanitaires or tainted coalitions? The electoral consequences of populist participation in government. In: *Party Politics* 28 (5), S. 889–902. DOI: 10.1177/13540688211026526.
- Riker, William H. (1962): *The Theory of Political Coalitions*. New Haven: Yale University Press.
- Rooduijn, Matthijs; Akkerman, Tjitske (2017): Flank attacks: Populism and left-right radicalism in Western Europe. In: *Party Politics* 23 (3), S. 193–204. DOI: 10.1177/1354068815596514.

- Rooduijn, Matthijs; Burgoon, Brian; van Elsas, Erika J.; van de Werfhorst, Herman G. (2017): Radical distinction: Support for radical left and radical right parties in Europe. In: *European Union Politics* 18 (4), S. 536–559. DOI: 10.1177/1465116517718091.
- Schakel, Wouter (2021): Unequal policy responsiveness in the Netherlands. In: *Socio-Economic Review* 19 (1), S. 37–57. DOI: 10.1093/ser/mwz018.
- Sened, Itai (1996): A Model of Coalition Formation: Theory and Evidence. In: *The Journal of Politics* 58 (2), S. 350–372. DOI: 10.2307/2960230.
- Shugart, Matthew Soberg; Carey, John M. (1992): Presidents and assemblies. Constitutional design and electoral dynamics. Reprinted, transferred to digital print. Cambridge: Cambridge University Press. DOI: 10.1017/CBO9781139173988.
- Strøm, Kaare (1985): Party Goals and Government Performance in Parliamentary Democracies. In: *American Political Science Review* 79 (3), S. 738–754. DOI: 10.2307/1956841.
- Strøm, Kaare (1990): A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. In: *American Journal of Political Science* 34 (2), S. 565. DOI: 10.2307/2111461.
- Strøm, Kaare W.; Nyblade, Benjamin (2009): Coalition Theory and Government Formation. In: Carles Boix und Susan Carol Stokes (Hg.): *The Oxford handbook of comparative politics*. Oxford: Oxford University Press, S. 782–802.
- Volden, Craig; Carrubba, Clifford J. (2004): The Formation of Oversized Coalitions in Parliamentary Democracies. In: *American Journal of Political Science* 48 (3), S. 521–537. DOI: 10.2307/1519914.
- Warwick, Paul V.; Druckman, James N. (2001): Portfolio Salience and the Proportionality of Payoffs in Coalition Governments. In: *British Journal of Political Science* 31 (4), S. 627–649. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/3593295>, zuletzt geprüft am 19.02.2023.
- Warwick, Paul V.; Druckman, James N. (2006): The portfolio allocation paradox: An investigation into the nature of a very strong but puzzling relationship. In: *European Journal of Political Research* 45 (4), S. 635–665. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2006.00632.x.
- Welt.de (2004): Müntefering: Opposition ist Mist. Welt.de. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/article301337/Muntefering-Opposition-ist-Mist.html>, zuletzt geprüft am 14.02.2023.

## ANHANG

**Abbildung A1:** Verteilungsdichte der Parteipositionen gefiltert nach Regierungsstatus



Eigene Darstellung. Links in Abbildung A1.1 die geglättete Verteilungsdichte der Parteipositionen unter Betrachtung verschiedener Rating-Varianten. Dargestellt ist je einmal die Betrachtung der Positionen aller Parteien und einmal die Position ausschließlich der Regierungsparteien. Rechts in Abbildung A1.2 ist dies mit der Status Quo-Distanz dargestellt, wobei diese einmal mit Abschreibungsrate gewichtet dargestellt ist und einmal ohne. Höherer Wert entspricht hier Distanz nach rechts zum Status Quo. Die vertikale durchgezogene Linie stellt jeweils das arithmetische Mittel der entsprechenden Positionsmetrik unter allen im Graph betrachteten Fällen dar.

**Tabelle A1:** Heckman-Modelle mit dynamischer Parteiposition (CHES)

	Modell A1a		Modell A1b	
	Selektion	Ergebnis	Selektion	Ergebnis
Parteiposition	0,85*** (0,21)	6,18*** (1,83)	0,45* (0,18)	4,97* (2,03)
Parteiposition <sup>2</sup>	-0,08*** (0,02)	-0,53** (0,18)	-0,04* (0,02)	-0,42* (0,20)
Verhandlungserfahrung			1,32*** (0,21)	3,51** (1,11)
Kabinettsitzanteil		-11,28*** (2,63)		-11,96*** (2,69)
Parlamentssitzanteil	3,59*** (0,63)		3,13*** (0,51)	
Konstante	-3,14*** (0,53)	-17,16*** (5,08)	-2,70*** (0,40)	-15,51** (5,38)
<i>P</i>		0,76*** (0,06)		0,76*** (0,08)
AIC		2466,87		2420,47
BIC		2568,68		2531,13
Log Likelihood		-1210,44		-1185,24
Gesamte Beobachtungen		618		618
Zensierte Beobachtungen		356		356
Beobachtungen in Ergebnisgleichung		262		262

Eigene Berechnung. Modelle mit Heckman-Korrektur zum Einfluss der dynamischen Links-Rechts-Position aus den CHES-Daten auf die proportionale Ministerienzuteilung. †  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Geclusterte SE in Klammern.

**Tabelle A2:** Heckman-Modelle mit dynamischer Parteiposition (Manifesto)

	Modell A2a		Modell A2b	
	Selektion	Ergebnis	Selektion	Ergebnis
Parteiposition	0,72** (0,27)	1,61 (1,96)	0,47* (0,21)	-1,96 (2,01)
Parteiposition <sup>2</sup>	-0,06* (0,03)	-0,10 (0,18)	-0,04* (0,02)	0,20 (0,18)
Verhandlungserfahrung			1,56*** (0,14)	-3,95* (1,69)
Kabinettsitzanteil		-7,00** (2,69)		-16,70*** (2,56)
Parlamentssitzanteil	3,59*** (0,40)		2,57*** (0,31)	
Konstante	-3,12*** (0,65)	-9,20† (5,43)	-2,17*** (0,55)	15,55* (6,97)
<i>P</i>		0,84*** (0,05)		-0,54** (0,17)
AIC		13263,02		12917,57
BIC		13515,89		13182,47
Log Likelihood		-6589,51		-6414,78
Gesamte Beobachtungen		3043		3043
Zensierte Beobachtungen		1663		1663
Beobachtungen in Ergebnisgleichung		1380		1380

Eigene Berechnung. Modelle mit Heckman-Korrektur zum Einfluss der dynamischen Links-Rechts-Positionierung in den Parteiprogrammen aus den Manifesto-Daten auf die proportionale Ministerienzuteilung. †  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Geclusterte SE in Klammern.

**Tabelle A3:** Heckman-Modelle mit mehrdimensionaler Parteiposition (CHES)

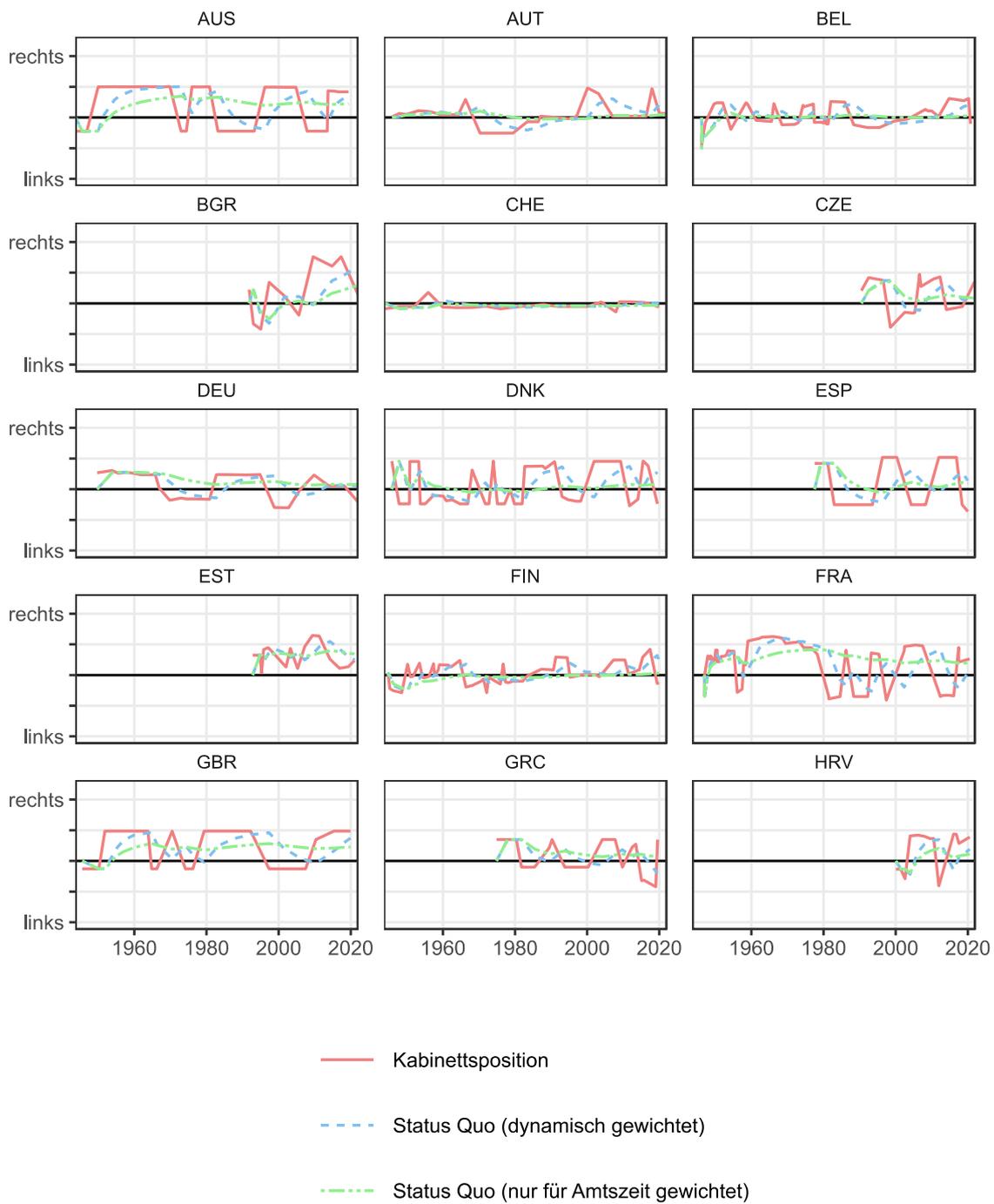
	Modell A3a		Modell A3b	
	Selektion	Ergebnis	Selektion	Ergebnis
Ökonomische Position	0,58*** (0,14)	4,19** (1,35)	0,41** (0,13)	3,73** (1,44)
Ökonomische Position <sup>2</sup>	-0,04* (0,01)	-0,30* (0,14)	-0,03* (0,01)	-0,27* (0,13)
Sozio-Kulturelle Position	0,37* (0,18)	0,98 (1,02)	0,10 (0,13)	0,04 (1,42)
Sozio-Kulturelle Position <sup>2</sup>	-0,05** (0,02)	-0,13 (0,10)	-0,02 (0,01)	-0,03 (0,13)
Verhandlungserfahrung			1,19*** (0,25)	3,27* (1,66)
Kabinettsitzanteil		-11,66*** (2,68)		-12,02*** (1,82)
Parlamentssitzanteil	3,45*** (0,66)		3,20*** (0,56)	
Konstante	-3,25*** (0,39)	-14,60** (5,18)	-2,72*** (0,40)	-12,54** (4,48)
<i>P</i>		0,76*** (0,07)		0,75*** (0,09)
AIC	2450,68		2417,89	
BIC	2570,19		2546,25	
Log Likelihood	-1198,34		-1179,94	
Gesamte Beobachtungen	618		618	
Zensierte Beobachtungen	356		356	
Beobachtungen in Ergebnisgleichung	262		262	

Eigene Berechnung. Modelle mit Heckman-Korrektur zum Einfluss der dynamischen mehrdimensionalen Positionierung aus den CHES-Daten auf die proportionale Ministerienzuteilung. †  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Geclusterte SE in Klammern.

**Tabelle A4:** Heckman-Modelle mit ungewichteter Status Quo-Distanz

	Modell A4a		Modell A4b	
	Selektion	Ergebnis	Selektion	Ergebnis
Status Quo-Distanz	0,04 <sup>†</sup> (0,02)	0,18 (0,19)	0,03 <sup>†</sup> (0,02)	0,12 (0,17)
Status Quo-Distanz <sup>2</sup>	-0,06*** (0,01)	-0,48*** (0,09)	-0,04*** (0,01)	-0,28*** (0,07)
Verhandlungserfahrung			1,30*** (0,11)	7,54*** (1,23)
Kabinettsitzanteil		-6,21** (2,35)		-8,67*** (2,51)
Parlamentssitzanteil	3,72*** (0,39)		2,99*** (0,32)	
Konstante	-0,33*** (0,09)	-3,32** (1,08)	-0,63*** (0,07)	-5,69*** (1,45)
<i>P</i>		0,86*** (0,04)		0,83*** (0,04)
AIC	16829,87		16471,53	
BIC	17097,22		16751,61	
Log Likelihood	-8372,93		-8191,77	
Gesamte Beobachtungen	4296		4296	
Zensierte Beobachtungen	2563		2563	
Beobachtungen in Ergebnisgleichung	1733		1733	

Eigene Berechnung. Modelle mit Heckman-Korrektur zum Einfluss ungewichteten Status-Quo Distanz auf die proportionale Ministerienzuteilung. Zur Berechnung wurde hierzu der Einfluss früherer Regierungen hier nicht abgeschrieben. <sup>†</sup>  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ . Geclusterte SE in Klammern.

**Abbildung A2:** Regierungshistorien und Status Quo-Verlauf (AUS bis HRV)

Eigene Darstellung. Für jeden Staat ist jeweils als Linie im Zeitverlauf dargestellt, welche Kabinetspositionierung vermerkt wurde und wie sich in Abhängigkeit dessen der Status Quo in seinen verschiedenen Operationalisierungen entwickelte. Länderkürzel entsprechen ISO 3166.

**Abbildung A3:** Regierungshistorien und Status Quo-Verlauf (HUN bis SWE)

Eigene Darstellung. Für jeden Staat ist jeweils als Linie im Zeitverlauf dargestellt, welche Kabinettspositionierung vermerkt wurde und wie sich in Abhängigkeit dessen der Status Quo in seinen verschiedenen Operationalisierungen entwickelte. Länderkürzel entsprechen ISO 3166.